

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petruszeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74.

Sonntag, den 28. März 1914.

21. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Der Zusammenbruch.

Aus London wird geschrieben:

Die Regierung ist aufs Haupt geschlagen, die Homerulevorlage ist tot und die Verfassung selbst liegt in Scherben zerbrochen am Boden — das ist das endgültige Ergebnis des langen Kampfes zwischen den beiden bürgerlichen Parteien Englands! Und das alles geschah binnen 48 Stunden. Wer noch daran zweifelt, der lese — nicht die Triumphgeschreie in der konservativen Presse, nein! sondern die Geständnisse in den liberalen Blättern, die noch etwas Mut besitzen, der Wahrheit in die Augen zu blicken. Es ist die größte Erschütterung, die England und die englische Verfassung seit Generationen erlebt haben. Es ist eine wahre Revolution oder richtiger, Konterrevolution, die mit einem eisernen Griffel das Datum vom 21. März in die geschichtlichen Tafeln eintragen wird.

Aus den kurzen Meldungen ist bereits dem Leser bekannt, was eigentlich geschehen ist. Die Ulsterleute und die konservative Opposition hat das von der Regierung vorgeschlagene Kompromiß mit Hohn zurückgewiesen. Nicht bloß für die Dauer von sechs Jahren, sondern für immer soll, so hieß es, die Ulsterprovinz aus der Wirkung der Homerule, also aus dem irischen Staatsverbande ausgeschlossen werden. Darauf erklärte die Regierung, sie würde keine Verhandlungen mehr führen. Das sei ihr letztes Wort, und die Ulsterleute hätten jetzt die Konsequenzen zu tragen. Herr Churchill ging noch weiter und lud in einer öffentlichen Rede die Ulsterführer ein, ihren Aufruf anzunehmen. Que les messieurs les assassins commencent! (Die Herren Mörder mögen anfangen!) Ihn unterstützte noch am Sonntagabend, dem historischen Tage, Herr Lloyd George. Der Liberalismus, erklärte er namens der Regierung, würde die Krise — die größte seit den Tagen der Stuart-Könige — durchkämpfen, es möge kosten, was es wolle, denn versage er, so sei er unwürdig, die Geschicke des britischen Reiches zu lenken. Und wirklich, schon zwei Tage vorher holte die Regierung den Befehl gegeben, die Truppen nach Ulster zusammenzuführen, und sie war entschlossen, wie es sich später herausgestellt hat, den großen Kladderadatsch am Sonntagabend herbeizuführen.

Dann aber geschah das Ungeheuerliche: die Offiziere der betreffenden Truppen erklärten, sie würden den Krieg gegen Ulster nicht mitmachen; sie reichten ihre Demission ein! Wie ein Kartenhaus brach die ganze Herrlichkeit der Regierung zusammen, und schon am Sonntagabend erließ der Premierminister Asquith durch die „Times“ eine Erklärung, die einen formellen Rückzug, eine formelle Kapitulation vor dem Offizierskorps bedeutete. Es war, hieß es, gar nicht die Absicht der Regierung, Feindseligkeiten in Ulster anzufangen. Die Verschiebung der Truppen war nur eine Vorsichtsmaßregel. Die Regierung wollte weder Verhaftungen vornehmen, noch die Armee für Kriegsexpeditionen verwenden. Die ganze Aktion der Offiziere beruhte auf einem „ehrlichen Mißverständnis“ usw. u. s. w. Tatsächlich wurden die meuternden Offiziere sofort nach London gerufen, ihre Demissionsgesuche wurden ihnen zurückgegeben und sie wurden auf ihre Posten zurückgeschickt mit einer schriftlichen Versicherung, daß sie und ihre Truppen nicht gegen Ulster verwendet werden würden!

Wir brauchen in die Einzelheiten dieser außerordentlichen Geschichte nicht einzugehen, aber ein paar Rebenumstände mögen hervorgehoben werden. Die Regierung mußte schon eine Ahnung gehabt haben, daß das Offizierskorps in Irland nicht ganz zuverlässig sei. Wenigstens hatte sie Grund, zu vermuten, daß in den in Irland stationierten Regimentern vielleicht nicht alles in Ordnung sei, da die konservativen Blätter und selbst hochgestellte Generale a. D., wie Lord Roberts, sich gar nicht gescheut hatten, offen ihre Proteste gegen die eventuelle Verwendung der Truppen in Ulster zu erheben. Eine Regierung, die sich, wenn auch nicht ihrer Macht, so wenigstens ihrer Würde bewußt ist, hätte diese Proteste schon lange an dem Krage gepackt und die notwendigen Maßregeln für den Fall einer Meuterei oder eines Pronunziamentos getroffen. Sie hätte ihre Befehle einfach gegeben und, wenn irgendwelche Offiziere sich geweigert hätten, den Befehlen Gehorsam zu leisten, sie vor das Kriegsgericht gestellt. Die wackere liberale Regierung Asquiths handelte aber anders. Sie beauftragte den Oberbefehlshaber der irischen Truppen, die Offiziere zu sich zu rufen und ihnen vorzuschlagen: entweder sich bereit zu erklären, die Operationen gegen das aufständische Ulster mitzumachen, oder ihre Demissionen auf der Stelle einzureichen. Noch mehr, der Oberbefehlshaber sollte den Offizieren sagen: wer selbst ein Ulstermann sei, dürfe auf Urlaub gehen, um dann, wenn alles vorüber sei, auf seinen Posten zurückzukehren! Hat man so etwas in den militärischen Annalen je gehört? Wo

und wann hat man dem gemeinen Soldaten gesagt, sollte er auf seine Landsleute oder auf Vater und Mutter nicht schießen wollen, so dürfe er sich von seinem Posten zurückziehen? Was bewog die Regierung, freiwillig eine solche Lockerung der militärischen Disziplin vorzuschlagen — Rücksicht auf die Gefühle der Offiziere, die ja ihre Klammern sind, oder Furcht vor einer Katastrophe, wenn die unzuverlässigen Offiziere nicht vorher schon fortgeschickt würden? Wahrscheinlich haben beide Motive mitspielt, und das Ergebnis war gerade das, was die Regierung vermeiden wollte: ein stilles, aber wirkungsvolles Pronunziament, das die Macht der Regierung und selbst des Parlaments in Scherben brach. Es ist geschehen, was bis jetzt nur in der Türkei oder Griechenland oder sonstwo in den rückständigen Staaten auf dem Balkan und in Südamerika zu geschehen pflegte: eine politisierende Armee hat der Regierung ihren Willen aufgezwungen und sich als die wahre Macht im Staate über alle Gesetze, über das Parlament und über die Verfassung gestellt. Und das ist England, dem Mutter- und Musterlande des Konstitutionalismus und Parlamentarismus, passiert! Mag dieser Vorfall für lange Jahre noch vereinzelt bleiben. Mag es in Zukunft nicht wieder passieren, daß das Offizierskorps vom stillen und passiven zum offenen und aktiven Pronunziament schreitet. Kon nun an weiß doch jedermann in dem klassischen Verfassungsstaate, was die wahre Verfassung in England ist: der Wille der Armee ist es, der alles beherrscht!

Der Vorfall hat aber auch bewiesen, was selbst dem Willen der Armee — oder richtiger, des Offizierskorps — zugrunde liegt. Der englische Liberalismus hat seinerzeit, als er die Macht der feudalen Aristokratie niederwarf, nur halbe Arbeit verrichtet. Er hat die Monarchie, die Lordskammer, den unverantwortlichen Richterstand, die unverantwortliche höhere Bürokratie und das stehende Heer bestehen lassen, damit nicht die Demokratie allzu freien Spielraum bekomme. Er wollte keine große Bewegung der Volksmassen entfesseln, die zur Niederwerfung aller dieser Einrichtungen nötig gewesen wäre, damit er selbst nicht von der Flut weggeschwemmt werde. Das war der Sinn des großen Sieges und des ebenso großen Verrats des Liberalismus in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es hieß damals, wie auch später, es sei besser, die „organische“ Entwicklung durch Kompromisse fortzusetzen als durch katastrophische Umwälzungen immer neue Einrichtungen zu schaffen, und tatsächlich schien es eine lange Zeit, als sei die erstere Methode die vernünftiger. Wie hat man die Engländer ob ihrer Weisheit gepriesen, wie hat man ihre altertümlichen Einrichtungen bewundert, die sich als alte Schläuche mit immer neuen Wein bewahren sollten. Aber das alles war eine Illusion. Das alles war nur deshalb möglich, weil das Junkertum und die Bourgeoisie sich auf dem Boden des gemeinsamen Kapitalismus ausgehnt und eine einheitliche herrschende Klasse gebildet hatten. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, bedingt durch seine Stellung auf dem Weltmarkt, hat aber allmählich eine tiefe Kluft zwischen dem Junkertum und dem Großkapital einerseits und dem Kleinbürgertum und dem Kleinbürgerlich gestimmten Proletariat andererseits gegraben, und die Einheitlichkeit der herrschenden Klasse schwand dahin. Die Parteikämpfe zwischen dem Liberalismus und Konservatismus bekamen einen ernsteren Charakter, und da erschienen plötzlich die anti-quarischen Ueberbleibsel als Bollwerke der Reaktion. Eine nach der andern erwachten sie wieder zum Leben und zogen in den Kampf gegen den jetzt vorwiegend kleinbürgerlich werdenden Liberalismus. So ist die Revolte des Offizierskorps nur eine Phase in dem allgemeinen Kampf der beiden Schichten des Bürgertums, ein Stück des Klassenkampfes innerhalb der herrschenden Bourgeoisie.

Die Liberalen begreifen jetzt wohl, daß die Sache der Homerule verspielt ist. Auch sie war nichts anderes als eine Machfrage zwischen dem junkerlich-großkapitalistischen Konservatismus und dem kleinbürgerlichen „Neoliberalismus“, die jetzt durch das Pronunziament der Offiziere zugunsten des ersteren entschieden worden ist. In der Verkennung ihrer Macht wollen die Liberalen jetzt einen Kampf für die „Demokratisierung“ der Armee aufnehmen, als ob dies möglicher wäre als die Demokratisierung etwa der Monarchie oder der Lordskammer. Nichts außer weiterer Enttäuschung wird sich daraus ergeben, und der Liberalismus wird von nun an abdanken müssen. Die nächste Zukunft gehört dem Konservatismus einerseits und dem Sozialismus andererseits, und jeder weitere Fortschritt der politischen Entwicklung wird sich in diesem Gegensatz ausdrücken. Das Pronunziament der Offiziere hat dem alten England den Todesstoß versetzt: jetzt wird ein neues England aus den Ruinen entstehen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

In die Ferien!

Der Reichstag ist am Freitag nach einer etwas sehr bewegten Sitzung auf einen Monat in die Ferien gegangen. Die Aufregung entstand schon beim ersten Punkt der Tagesordnung, bei einer Beratung der Konkurrenzklause, als der Staatssekretär Dr. Visco zwei von den drei wesentlichen Forderungen der Reichstagskommission für unannehmbar erklärte, und im übrigen die bewegliche Schilderung der Vorteile gab, die auch bei einer großen Nachgiebigkeit des Hauses für die Handlungsgehilfen sich herausstellen würden. Als bald beantragte Herr Trimborn vom Zentrum nach dieser Erklärung die weitere Beratung bis nach den Ferien auszusetzen, und die Redner aller bürgerlichen Parteien stimmten ihm zu, teils unter Berufung auf die schlechte Besetzung des Hauses, teils weil sie offenkundig eine Verständigung mit der Regierung erzielen wollten. Unsere Fraktion erhob gegen diesen Ausschub, der weder dem Selbstbewußtsein des Reichstags noch den Interessen der Handlungsgehilfen entsprechen konnte, lebhaftesten Einspruch. Die Genossen Haase, Giebel, Hoch und Dr. Quark vertraten die Auffassung, daß die Beratung unter allen Umständen fortgesetzt und die zweite Lesung eventuell noch am Sonntagabend zu Ende geführt werden müsse, um der Regierung die sicherlich bescheidenen Forderungen der Kommission aufzuzwingen. Die anderen aber schreckten vor dem „Unannehmbar“ zurück, ohne Rücksicht auf die Erfahrungen, die mit solch unerbittlichen Erklärungen der Regierung wer weiß wie oft schon gemacht worden sind. Sie schienen glücklich, die Gelegenheit zu einem Kompromiß noch gefunden zu haben. Gegen die Stimmen unserer Fraktion, der Polen und eines kleinen Teils des Zentrums wurde der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung angenommen.

Auch bei den Petitionen wiederholte sich die Aufregung. Eine Petition auf Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs über die holländische Grenze wollte die Kommission zur Berücksichtigung überweisen haben. Die Konservativen beantragten Uebergang zur Tagesordnung, und vertraten ihre Auffassung durch Herrn von Graefe, während Genosse Fischer-Sachsen und Herr Fegter für den Kommissionsantrag eintraten. Vergeblich versuchten in einer langen Geschäftsordnungsdebatte die Rechte und das Zentrum, auch die Aussetzung dieses Punktes zu erreichen. Diesmal stimmte die Mehrheit gegen sie, trotz all ihrer Entrüstung, und der Kommissionsantrag wurde angenommen. Eine ähnliche Debatte wiederholte sich bei der Petition betr. Verbot der heimlichen Warenvermittlung, die die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen wollte, während die Konservativen sie dem Reichskanzler als Material zu übergeben wünschten. Genosse Bren vertrat gegen Zentrum, Konservative und Nationalliberale die Anschauung der Kommissionsmehrheit. Vor der Abstimmung wiederholte sich etwa dieselbe Debatte über die Geschäftsordnung wie bei der ersten Petition, nach Ablehnung des Antrages Arnstadt und vor der Abstimmung über den Kommissionsantrag bezweifelte Herr Dr. Dertel die Beschlußfähigkeit des Hauses, ein Zweifel, dem sich das Bureau angeschlossen, so daß die Sitzung aufflog, wie es im parlamentarischen Jargon heißt.

Am ersten Tag nach den Ferien in einem Monat sollen die Petitionen weiter verhandelt werden.

Ein dummes Schwindeln.

So hämisch und neidisch die Gegner der Sozialdemokratie unseren gewaltigen Erfolgen in der roten Woche gegenüberstehen, so dumm sind auch die braven Ehrenmänner. Um unsere Erfolge zu verkleinern, lügen und schwindeln sie drauflos in der festen Ueberzeugung, daß die Intelligenz liberaler und konservativer Zeitungsleser gering genug ist, den handgreiflichen Schwindeln nicht zu merken. Die „Deutsche Tageszeitung“ und ihr folgend die „Tägl. Rundschau“ brachten, um die Erfolge der roten Woche höhniisch zu glossieren, folgende Zeilen aus dem hannoverschen „Volkswillen“:

„Parteigenossen und -genossinnen! Die Laubheit der Mitglieder ist in den letzten Monaten dermaßen eingegriffen, daß keine Versammlungen und keine Sitzungen mehr abgehalten werden konnten, weil der Besuch ein zu schlechter war; nicht einmal die Vorstandsmitglieder waren zur Stelle. Der Vorsitzende hat nun seinen Posten niedergelegt, wohl infolge der Interesslosigkeit der Genossen. Da nun diese Angelegenheit so schnell wie möglich erledigt werden muß, ist das Erscheinen der Mitglieder in der nächsten Versammlung unbedingt erforderlich. Wenn es mit der Laubheit der Genossen so weiter geht, dann ist das Bestehen des hiesigen Wahlvereins in Frage gestellt. Deshalb darf am Sonntagabend keiner fehlen!“

Das sollte ein E. i. m. u. n. g. s. b. d. e. r. s. e. i. n. aus der „purpurroten Woche“. Und die fromme Kaplanspreffe, die bei der geistigen Beschaffenheit ihres Leserkreises noch etwas massiver schwindeln darf, teilte dieses „Stimmungsbild“ mit dem ausdrücklichen Bemerkens mit, daß es sich um unsere hannoversche Parteiorganisation handele, die demnach völlig zusammengebrochen sei.

Wie liegt nun die Wahrheit? In der Nummer vom 14. März steht im provinziellen Teil unseres hannoverschen Parteiblattes eine Versammlungsankündigung aus B. o. r. u. m. Es wird dort zu einer Wahlvereinsmitgliederversammlung für Sonnabend eingeladen, in der auf der Tagesordnung steht: 1. Wahl eines Vorstehenden. 2. Abrechnung vom letzten Halbjahr 3. Verschiedenes. Daran schließt sich die vorstehend abgedruckte Mahnung an die lauen Genossen. Borum ist ein kleiner Landort im Kreise Linden und zählt 902 Einwohner; und weil in diesem kleinen Landorte die vielleicht zwei bis drei Duzend Mitglieder einmal einen Mangel an Eifer zeigen und der Vereinsvorstand sie in energischer Weise an die Pflicht mahnt, deswegen der große Schwindel von der großen „Blau“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Wirklich ein dummes erbaumungswürdiges Paß, unsere Gegner!

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Im preußischen Abgeordnetenhause feierte am Freitag die konservativ-kerikale Mehrheit einen Triumph. Es ist ihr gelungen, die von der Regierung geforderten sechs neuen Stellen für finanztechnisch vorgebildete Steuerkommissare im Hauptamt zu streichen. Die Abstimmung ist von hoher politischer Bedeutung. Die Konservativen haben, unterstützt vom Zentrum, dadurch der Regierung wieder einmal bewiesen, daß sie die eigentlich regierende Klasse in Preußen sind und daß sie auf keinen Fall dulden, daß den Landräten nur ein Titelchen von ihren Rechten genommen wird. — In der vorangegangenen Debatte hatte der konservative Abg. v. d. O. f. f. e. n. mangels sachlicher Argumente heftig gegen die Sozialdemokratie polemisiert. Mit einer bemerkenswerten Schärfe wandte sich der Finanzminister Dr. L. e. n. g. e. gegen den konservativen Redner, dem er allerdings in einer Polemik gegen die Sozialdemokratie beipflichtete. Wie stets, so bekämpfte auch am Freitag wieder der Minister die sozialdemokratische Forderung auf Steuermäßigungen mit dem Hinweis darauf, daß die Gewerkschaften so hohe Beiträge erheben, daß die Arbeiter eigentlich noch viel mehr Steuern zahlen könnten. Unteren Genossen wurde es durch ein Schlußantrag unmöglich gemacht, dem Minister nachzuweisen, welche großer Unterschied zwischen Steuern und Gewerkschaftsbeiträgen besteht.

Von den zum Etat der direkten Steuern gestellten Anträgen gelangte der auf Einschränkung der landwirtschaftlichen Güter nach dem Ertragswerte mit großer Mehrheit zur Annahme. Einige andere Anträge auf Änderung des Einkommensteuergesetzes wurden der Regierung als Material überwiesen.

Das Haus genehmigte dann noch den Etat der indirekten Steuern und erklärte einige Wahlen für gültig; darunter befinden sich auch die der in Berlin gewählten Liberalen Rosenow und Dr. Runge. Die sozialdemokratischen Proteste wurden als unbegründet zurückgewiesen. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag, dem 21. April statt.

Der verschwundene Kaiserbrief.

Die „Hamburger Nachrichten“ schrieben vor einigen Tagen:

„Jüngst teilte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mit, daß im Nachlaß des verstorbenen Breslauer Fürstbischöfs Kardinal Kopp sich ein Brief des Kaisers aus dem Jahre 1901 befinde, gerichtet an die verwitwete Landgräfin Anna von Hessen, die im Mai 1836 geborene Tochter des Prinzen Karl von Preußen, die im Jahre 1901 zum Katholizismus übertrat. Der Kaiser habe als Oberhaupt des Hauses, dem die Landgräfin entstammt, seiner Ansicht über diesen Glaubenswechsel Ausdruck gegeben, und in katholischen Kreisen sei es längst bekannt, daß der Brief an Kardinal Kopp weitergegeben sei. Gerade an ihn, weil die Landgräfin in Koppes ehemaligem Sprengel Fulda ihren Uebertritt vollzogen hat. . . . Allerdings sei solcher Brief geschrieben, bestätigt die „Schlesische Volkszeitung“, habe sich auch im Besitze Kardinal Koppes befunden, und ihr sei der Inhalt seit Jahren bekannt; Katholiken hätten seine Veröffentlichung nicht zu fürchten, ob damit freilich anderen Kreisen gebietet wäre, hätte sie für fraglich. Der „Magener Volksfreund“ weiß sogar „nach äußerst zuverlässigen Informationen“ den wesentlichen Sach aus dem Briefe mitzuteilen, der lauten soll: „Die Religion, zu der Du übergetreten bist, haße ich.“

Der Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wies dann darauf hin, wie gut sich Wilhelm II. seither mit den Vertretern der katholischen Religion geehrt habe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ drückt obigen Paßus an der Spitze des Blattes mit ab und fügt hinzu:

„Wenn nun das Hamburger Blatt, dessen grundsätzlicher Auffassung über den nichtöffentlichen Charakter des Briefes wie über die Stellung des Kaisers zu den Konfessionen wir beitreten, eine amtliche Aufklärung über das Schriftstück verlangt, so möchten wir bemerken, daß amtliche Nachforschungen nach seinem Verbleib noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Im Nachlaß des Kardinals Kopp hat sich der Brief, wie wir hören, bisher nicht vorgefunden.“

Daß der Brief geschrieben wurde, kann also nicht in Abrede gestellt werden, nur weiß man nicht, in wessen Händen sich dieser Brief befindet.

Sus Wünschungen wird uns zu dieser Angelegenheit noch gemeldet:

In der Münchener kirchlichen Wochenchrift „Allgemeine Rundschau“ veröffentlichte jedoch der Reichstagsabgeordnete Jäger einen Artikel über den Brief des Kaisers an die Landgräfin von Hessen. Er bezieht sich in dem Artikel näheres über den Inhalt jenes Briefes. Danach soll die Landgräfin nach ihrem Uebertritt zum Katholizismus vom Kaiser ein Telegramm erhalten haben, in welchem ihr für den Fall des Verbleibens bei ihrem Religionswechsel der Ausstieg aus dem Hause Hohenzollern angekündigt wurde. Der Kaiser habe ihr dann einen mehrere Seiten langen Brief geschrieben mit er-

regten Auslassungen über Papst, Bischöfe, Priester und katholische Kirche. Die Hauptstelle dieses Briefes sei:

„Du trittst also jenem Aberglauben bei, den auszurotten ich mir zur Lebensaufgabe gesetzt habe.“

Der Brief wurde von dem Kardinal Kopp in Verwahrung genommen, weil er fürchtete, daß, wenn er bekannt werde, die Hochachtung aller Katholiken vor dem Kaiser Einbuße erleiden würde. Der Brief soll in mehreren Abschriften vorhanden sein. — Herr Jäger findet den Vorgang höchst betrübend und verlangt eine ausreichende Erklärung über die Angelegenheit.

Protest gegen den Sprachverbot in den Reichslanden.

Die Erste Kammer des elsass-lothringischen Parlaments hat am Donnerstag das Eilatnotgesetz in dritter Lesung angenommen. Bei der Beratung kam der Abgeordnete Blumenthal auf den neuesten Schulerlaß zu sprechen, der den Lehrern verbietet, sich der Dialektsprache und der französischen Sprache in der Schule zu bedienen. Der Abgeordnete rügte diesen Erlaß, der jetzt nach 44 Jahren komme und der zu weiter nichts führe als zu einer Bespitzelung der Lehrer. Bemerkenswert an dem Erlaß sei, daß in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ behauptet worden sei, der Staatssekretär Graf Koedern habe den Erlaß deswegen veranlaßt, weil er die Beobachtung gemacht habe, daß die jüngeren Lehrer sich sehr viel der französischen Sprache bedienen. Der Staatssekretär sprach seine Enttäuschung darüber aus, daß in Elsass-Lothringen solche Erlasse in die Zeitung kommen. Jedenfalls würde sich die Regierung das Kontrollrecht über ihre Erlasse nicht gefallen lassen.

Generalpardon für Fahnenflüchtige.

Der elsass-lothringische Landtag nahm am Donnerstag einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, in welchem die Regierung gebeten wird, einen Generalpardon für alle jene Militärpflichtigen einzutreten zu lassen, die sich vor dem Jahre 1890 ihrer Militärpflicht entzogen haben. — Ein anderer Antrag verlangt die Zulassung von ausländischen Konsulaten in den Reichslanden. Die Regierung versprach, über diese Wünsche in Erwägungen einzutreten.

Schweden.

Große Erfolge der Sozialdemokraten bei den Kreisstadtwahlen. Am Mittwoch fanden im ganzen Lande unter enormer Beteiligung die kommunalen Kreisstadtwahlen statt. Die endgültigen Resultate sowie die Verteilung der Mandate sind erst in einigen Tagen zu erwarten. Doch gilt schon jetzt als sicher, daß die Sozialdemokratie, auch in den Landbezirken, große Erfolge erzielt hat. Die neu hinzugekommenen Mandate werden in mehreren Städten zwischen den Sozialdemokraten und Konservativen geteilt. Der Ausfall dieser Wahlen entscheidet die Zusammensetzung der Ersten Kammer.

England.

Zur Unterhanse gab gestern die „Hamburger Nachrichten“ ab, daß Feldmarschall French und Generalleutnant Swart ihren Abschied eingereicht hätten, daß aber die Regierung sie ersucht habe, zu bleiben. Ihr Fortgang würde einen großen Nachteil für Armee und Staat bedeuten. Die Differenzen seien nur auf Mißverständnisse zurückzuführen. Um solchen vorzubeugen sei ein neuer Armeebefehl erlassen worden, der 1. festlegt, daß zukünftig kein Offizier oder Soldat von den vorgelegten Offizieren befragt werden solle, welche Haltung er einnehme, falls er aufgefordert würde, einem Befehle zu gehorchen, der von zukünftigen oder hypothetischen Möglichkeiten abhängt; 2. daß jedem Offizier oder Soldaten in Zukunft unterlagt ist, bezüglich der Befehle, zu deren Befolgung er aufgefordert werden könnte, Zusicherungen zu erlangen; 3. daß es insbesondere die Pflicht jedes Offiziers und Soldaten ist, allen gefehmähigen Befehlen zu gehorchen, die ihm durch die zuständigen Stellen gegeben worden seien, um das Staatseigentum zu schützen oder die Zivilgewalt in der regelmäßigen Ausführung ihrer Pflichten zu unterstützen oder um Leben und Eigentum der Bewohner im Falle der Störung des öffentlichen Friedens zu schützen. Dies, sagte Asquith, ist der Befehl, durch den für die Zukunft das Verhalten und die Disziplin des Heeres geregelt wird. Es ist gänzlich unwahr, daß die Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder beabsichtigt haben, in Ulster tatsächliche Maßnahmen aggressiver Art zu treffen oder irgendwelche Maßnahmen, die gegenwärtig oder in Zukunft der Armee eine Pflicht auferlegen würden, die sich nicht völlig im Rahmen des neuen Armeebefehls hielten. Ich habe nur noch hinzuzufügen, daß die Regierung an allen Erklärungen, die sie abgegeben hat, festhalten wird.

Der Führer der Opposition, Bonar Law, machte keine Einwendungen gegen den neuen Armeebefehl, erklärte aber, daß es dem unglaublichen Unverstand der Regierung und des Kriegsministers zuzuschreiben sei, daß ein solches Verfahren nötig geworden. Bezüglich der Versicherungen des Premierministers hinsichtlich Ulsters sagte Bonar Law, es sei von der Regierung oder einigen Ministern mehr beabsichtigt gewesen, als zugegeben worden sei.

China.

Die Regierungstruppen vom Weißen Wolf geschlagen. 2000 Mann regulärer Truppen waren 20 Meilen von Tschangschou mit Banden des Weißen Wolf in Kampf geraten. Die letzteren zogen sich durch Hangtshou zurück, als ob sie sich geschlagen glaubten. Die Truppen folgten ihnen und besetzten Tschangschou. In der Nacht feuerten Anhänger des Weißen Wolf an vielen Stellen der Stadt Schüsse ab, die unter den Truppen eine Panik hervorriefen. Die Banden des Weißen Wolf griffen die Truppen an und schlugen sie. 500 Leute wurden verbrannt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Arbeiter auf dem Hochseewerk ihre Arbeit eingestellt. Jazug ist deshalb streng fernzuhalten. Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Altronsbühl streiken mit der Firma in Lohndifferenzen. Jazug ist deshalb fernzuhalten.

Wo bleiben die Arbeitergroßen? Unter dieser Ueberschrift hatten die infolge ihrer negativen Wahrheitsliebe sich einer besonderen Wertschätzung gewisser Reichsverbandskreise erfreuenden „Lübeckischen Anzeigen“ einen Artikel veröffentlicht, in dem es fälschlich so dargestellt wurde, als ob die von den Mitgliedern der Gewerkschaften aufgebrachteten Gelder nicht für diese, sondern hauptsächlich für die Partei- und Verwaltungszwecke ausgegeben würden. Man suchte diese Behauptung zu stützen durch den Hinweis auf einen Prozeß, den vor kurzem in Köln der Sekretär eines Scharfmachers gegen zwei Redakteure der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ angestrengt hatte. In demselben fanden die Behauptungen des Amtsblattes zwar absolut keine Unterlage, aber ein Sachverständiger sollte doch so etwas gesagt haben. Das war ein gefundenes Fressen für die „Lübeckischen Anzeigen“, die in ihrem blinden Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung gierig danach griffen, um den freien Gewerkschaften eins auszuwichen. Daran hat der „echtdeutsche“ „nordmärkische“ Jugendbildner Professor Reuter vom Katharinerum keine besondere Freude. Er ließ sich sogar dazu verleiten, die falschen Anschuldigungen des Amtsblattes im Bürgergeschäftsstaats zu wiederholen, wobei er anscheinend vergaß, daß — Unwahrheiten gewöhnlich kurze Beine haben. Das wurde ihm gestern Abend vom Genossen Stelling in der Bürgerchaft in folgender Weise zum Bewußtsein gebracht:

Dr. Reuter hat behauptet, eine Abrechnung der Kölner Gewerkschaften ergebe, daß nur 1/4 der von den Gewerkschaften aufgebrachteten Gelder ihnen wieder zugute komme, das andere aber würde für die Verwaltung, Partei- und z. v. w. verwendet. Als gestern Dr. Reuter das Wort nahm, da erwartete ich, daß er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen erbringen würde. Soweit es sich um die angebliche Verwendung der Gelder für Parteizwecke handelte, hat Dr. Reuter nicht einmal den Versuch gemacht, auch nur den Schatten eines Beweises hierfür zu erbringen. Aber auch die übrigen den „Lübeckischen Anzeigen“ entnommenen Angaben geben kein lautes Bild. Selbst vor Gericht ist ausdrücklich festgestellt worden, daß das angezogene Flugblatt tendenziös abgefaßt worden sei. Zunächst war in demselben der Klassenbestand, die Zinsen und sonstige nicht aus Beiträgen stammende Gelder mit als Einnahme aus Mitgliederbeiträgen aufgeführt worden. Sodann ist zu bedenken, daß man, um einen Ueberblick über die Leistungen der Gewerkschaften zu erhalten, immer nur das große Ganze betrachten muß, niemals aber einen einzelnen Ort herausziehen darf. Vor mir liegt der Jahresbericht der Kölner Gewerkschaften für 1913. Aus demselben geht hervor, daß an Gesamt-Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen 1 387 518,27 Mark zu verzeichnen waren. Verlangt sind an Reiseunterstützung 32 847,88 Mark, Arbeitslosenunterstützung 105 629,31 Mark, Streikunterstützung 79 504,51 Mark, Gemäßregelunterstützung 4 878,08 Mark, Krankenunterstützung 206 777,83 Mark, Sterbegeld 13 277,90 Mark, sonstige aus der Hauptkasse gezahlte Unterstühtungen 23 158,51 Mark und örtliche Unterstühtungen 59 454,30 Mark. Es sind also insgesamt an Unterstühtungen ausgekehrt worden 525 528,32 Mark. Die örtliche Verwaltung erforderte 173 118,51 Mark oder 12% der Einnahmen. Das ist ein geringer Prozentsatz, wenn man bedenkt, daß in diese Summe einbegriffen sind die Gehälter, Entschädigungen für die Einlassierer, Mieten für Büroräume, von denen 12 vorhanden sind, Expedition der Verbandszeitungen, Ausgaben für die Arbeitsvermittlung zc. Ich möchte stark bezweifeln, daß andere Körperschaften mit solchen geringen Verwaltungskosten auskommen. An Kartellbeiträgen, für Bibliothek, das Arbeitersekretariat, das weitaus segensreicher wirkt als unsere Rechtsanwaltsstelle, für das den Gewerkschaften gehörende Volkshaus zc. sind 39 541,66 Mark verausgabt worden. Auch dieser Betrag kommt den Gewerkschaftlern also wieder zugute. Schließlich sind noch an die Hauptkassen abgeführt worden 358 038,48 Mark. Diese Summen werden verwandt zu Rücklagen für schlechtere Zeiten und zu Unterstühtungszwecken an Orten, die hierfür Zuschüsse aus der Hauptkasse bedürfen. Schon hieraus kann Dr. Reuter ersehen, daß seine Aufzählung eine falsche und daß er mit derselben auf dem Holzwege ist. Ich möchte aber weiter darauf hinweisen, daß bei den freien Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1911 zusammen 72 086 957 Mark vereinahmt und hiervon lediglich für Unterstühtungszwecke 38 677 342 Mark, also weit über die Hälfte verausgabt worden sind. In den Jahren 1891 bis 1911 zahlten die freien Gewerkschaften insgesamt an Arbeitslosenunterstützung 59 Millionen Mark aus. Das ist ein schlagender Beweis für die hohe kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Und ich möchte Dr. Reuter den guten Rat geben, daß er, wenn er gewerkschaftliche Fragen behandeln will, nicht einfach Zahlenmaterial ohne Unterlagen benutzt, sondern sich vertieft in dieses Material, damit er nicht beweiskunde und jeder Unterlage entbehrende Behauptungen aufstellt.

Diese vom Genossen Stelling angeführten Tatsachen gereizen das amtsblättliche Lügengewebe mit einem Schlag. Herr Professor Dr. Reuter wußte nichts dazu zu sagen. Sein Schweigen war sehr berechtigt. Und doch wäre es sicherlich noch viel vornehmer gewesen, wenn er seine unbegründeten Angriffe mit Bedauern zurückgenommen hätte. Aber so was tut wohl ein „echt-nationaler“ Professor nicht. So endete diese alldeutsche Fehde gegen die Gewerkschaften mit einer schweren Blamage für die, welche sie anzettelten. Bemerkenswert ist, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ auch heute

noch

die Stern haben, ihren weinigen Leiern folgenden weis-

Die Nichtigstellung, die seitens der Sozialdemokratie gegenüber den hier angeführten und in der Bürgerschaft zitierten Zahlen diesmal in sachlicher Form — das muß anerkannt werden — versucht wurde, enttäuschte recht. Man operierte mit den bekannten Zahlen der Gesamtgewerkschaften, die etwas über die Hälfte ihrer Einnahmen als Unterstützung wieder ausgeben — ein Prozentfuß, über den man geteilter Meinung sein kann —, zitierte dann andere Zahlen, ohne doch gerade die von uns auf Grund der gerichtlichen Feststellung gegebenen Zahlen bemängeln zu können.

Einen solchen Rekord amtsblätlicher Unehrlichkeit und Unanständigkeit wird so leicht niemand schlagen. Die Arbeiterschaft wird daraus leicht erkennen, von welcher traurigen moralischen Qualität ihre Gegner sind.

Die Beratung des Budgets für 1914 wurde gestern von der Lübecker Bürgerschaft zu Ende geführt. Zwischendurch wurden sogar noch die besonderen Senatsanträge auf Schaffung einer Zentralheizung im Krankenhause und Verleihung des Enteignungsrechts an die Aktiengesellschaft Siemens durch Annahme erledigt.

Im Laufe der Verhandlungen gab es mancherlei interessante Einzelheiten. Von Genossen Dr. Schlomer wurde das langsame Fortschreiten unseres Schulwesens kritisiert und besonders verlangt, daß mehr für die Volksschule getan werde. Notwendig sei eine andere Zusammensetzung der Oberschulbehörde und die Schaffung eines Schulrats. Genosse Stelling unterzog die Elternabende einer Besprechung, fragte nach Verwendung der dort erzielten Ueberschüsse und regte verschiedene Verbesserungen an. Die viel angewandte Prügelstrafe in den Schulen rügte Genosse Hoff. Mißstände in der Gewerbeschule brachte Genosse Henze zur Sprache.

In treffenden Ausführungen wies Genosse G. Ehlers auf die Notwendigkeit der Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Bürgerwahlen hin, die vor zwei Jahren von der Bürgerschaft auf Antrag von Köwig beschlossen war, die vom Senat jedoch nicht durchgeführt worden ist. Nicht einmal eine Antwort des Senats in der Bürgerschaft auf ihr Ersuchen zuteil geworden. Weiter wünschte unser Redner eine Ausdehnung der Wahlzeit in den Landgebieten. Kurz wurden auch die ständig steigenden Ehrenausgaben des Senats bemängelt.

Gegen die Todesstrafe wandte sich Genosse Dr. Schlomer, nachdem er bedauert hatte, daß der Senat in alle Landherr nicht von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht hat, sondern die Hinrichtung vollziehen ließ. Landgerichtsdirektor Dr. Meyer hob hervor, daß es ja ein Volksgericht, das Schwurgericht, gewesen sei, welches Landherr schuldig gesprochen hätte, worauf Genosse Dr. Schlomer erwidern konnte, daß man in Lübeck die breiten Volksschichten vom Geschworenentum fernhalte, die Schwurgericht somit keine wirklichen Volksgerichte sind. Die Genossen Stelling und Hoff übten Kritik an der Praxis des hiesigen Gewerbergerichts. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer interessanten Kontroverse zwischen dem Bürgerchaftsmitglied Gerichtsdirektor Köster und dem Vorsitzenden der Justizkommission des Senates, Senator Dr. Gehling, weil letzterer in Köster auch in der Bürgerschaft seinen Untergebenen anzusehen schien.

Sehr scharf ging Genosse Hoff mit der ablehnenden Antwort des Senates bezüglich der Errichtung einer Arbeiterkammer ins Gericht, die wir demnächst vollinhaltlich abdrucken werden. Die Haltung der Gewerbekammer, die vom Senat zu einer gutachtlichen Äußerung über die Errichtung einer Arbeiterkammer aufgefordert war und sich, obwohl sie selbst ausgiebig aus dem Staatstrag gespeist wird, gegen jede Vertretung der Arbeiter aussprach, bezeichnete er als eine Unverschämtheit. Vom Senat konnte man auf Hoff's Ausführungen nichts von Belang erwidern.

Eine Erhöhung der Pflegegelder für Kostkinder wurde vom Genossen Dr. Schlomer beantragt. Widerspruch erhob der gleiche Genosse gegen die Bewilligung von 10000 Mark für die Rentnerpropaganda. Der Vorsitzende des Fremdenverkehrsvereins suchte es dann so darzustellen, als ob der Fremdenverkehr mit der Rentnerpropaganda identisch sei. Natürlich wurde die geforderte Summe bewilligt.

Dafür wurde jedoch der vom Genossen Stelling triftig begründete Antrag, die sechs Steuereinheiten erst bei Einkommen von 2000 Mark an zu erheben, abgelehnt; ebenso ein Euentualantrag, bis zu 1200 Mark Einkommen fünf Einheiten, und von dieser Grenze ab sechs Einheiten zu erheben. Es bleibt dabei, daß allgemein sechs Einheiten zur Erhebung gelangen. Das Budget, das darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde, schließt nunmehr mit einem Reihbetrag von 493 076,60 Mark ab.

Die Antwort, welche Genosse Stelling dem Namensvetter des Heiden von Zabern für seinen Anwurf gegen die Gewerkschaften zuteil werden ließ, empfehlen wir zur besonderen Beachtung.

Kurz vor 11 Uhr hatte die Bürgerschaft in drei Sitzungen — früher waren es mehr — die diesjährigen Verhandlungen über den Etat beendet.

b. Schwurgericht am 27. März. Der Zusammenbruch eines „Großkaufmanns“. Unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Schrader wurde heute gegen den Kaufmann E. F. W. Warnede aus Lübeck wegen Konkursverbrechens verhandelt. Bei Auslösung der Geschworenen machte sowohl die Staatsanwaltschaft wie die Verteidigung vom Ablehnungsrecht den geschäftlich höchst zulässigen Gebrauch. Auf der einen Seite wurden vorwiegend die ländlichen Geschworenen, auf der anderen Seite die Kaufleute abgelehnt. — Mit großem Pomp und wenig Mitteln machte im März 1910 der jetzt 34jährige Kaufmann Warnede in der Breiten Straße ein Butter- und Teegeschäft auf, das auch handelsgerichtlich eingetragen wurde. Bei genauem Zusehen waren für den Angeklagten allerdings keine Mittel nötig, da er nur eine pergamentene Person war, während der eigentliche Inhaber Wäckerleibischer Junge war. Erst im Mai 1913 wurde W. unter Mithilfe eines Freundes glücklicher Besitzer, der ihm 20 000 Mark vorstreckte, mit denen die Uebergabe des Geschäfts erfolgte. Besonders rentabel soll dieses von Anfang an nicht gewesen sein. Bei der Uebernahme kamen für den endgültigen Inhaber noch 4500 Mark Miete für die beiden Läden in der Breiten Straße hinzu, so daß Warnede erst recht nicht auf Kosten gebettet war und auf den Gedanken kam, eine Verbandsabteilung einzurichten. Aber wo einmal der Dalkes eingerissen ist, hilft weder ein guter Einfall noch Freundes-treue. Klagen beunruhigten W. beständig und der Gerichtsvollzieher war recht häufiger Gast. Das Engroslager war von überreiziger Inanspruchnahme nicht geplagt, es gingen täglich nur 5 bis 10 Pakete ab. Unter diesen Verhältnissen mußte der gute Freund vor allem eingreifen, der zuletzt eine große Summe zu fordern hatte. So kam der Tag, an dem die Würfel fallen mußten. Einige Gläubiger beratschlagten, ob der Konkurs noch zu vermeiden sei, da fiel mitten in die Be-

ratung wie der Blick die Mitteilung, daß der Gerichtsvollzieher wieder einmal eines größeren Postens wegen die verdächtigen Siegelmarken angelehrt hatte. Damit war die Prinzipalsherrlichkeit zu Ende. Der Konkursanmeldung kam ein Handlungsgeld zu, um in die bevorrechtigte Gläubigerliste eingetragen zu werden. Auch Warnede trat diesen Gang nach dem Eisenhammer an, nach dem er sich ohne Zustimmung des Konkursverwalters nicht mehr von Lübeck entfernen durfte. Er reiste aber doch ab, ließ sich vorher vom Engroslager die Tageseinnahme von 70 Mark geben und erholte auch noch das Postfischkonto von 150 Mark in Hamburg. Von hier aus dampfte Warnede nach Braunschweig, wo ihn auch nicht die angenehmsten Erinnerungen besaßen. Denn in alternativer Nähe dieser Stadt wurde er ein Vierteljahr vorher unangenehm enttäuscht. Durch irgend einen geheimen Heiratsvermittler war er hier mit einer Tierarztwitwe zusammengeführt worden, und schon 14 Tage später wurde der Dame ein Verlobungsring an den Finger gesteckt. Dann kam das Gespräch mit dem Vater der neuen Braut, der er sich als Großkaufmann mit 10 000 Mark Einkommen ausgegeben hatte. Aber bald nach der Rücksprache trat die Enttäuschung ein. Während der Vermittler von 40 000 Mark Vermögen und einer 20 000 Mark betragenden Lebensversicherungspolice gesprochen hatte, ward W. hier die Mitteilung, daß von einer baren Mitgift nicht die Rede sein könne, das Vermögen sei im Vaterland investiert. Auch die junge Braut erklärte, daß sie niemals Bürgschaft leisten oder Wechsel unterschreiben würde. Es war also mit dieser Heirat Eßig; der Bräutigam reiste bald wieder ab und vertiefte sich in seinen Dalkes, der mit Niesenschritten zum Zusammenklappen führte. Die gegenseitigen kleinen Abenden wurden wieder umgetauscht, beide waren um eine Enttäuschung reicher. In Braunschweig wurde Warnede 8 Tage nach dem Konkurs im Preussischen Hof verhaftet. In seinem Besitz waren noch 250 Mark und alle jene Kleinigkeiten, die einen Cavalier zieren. Jetzt liegt die Besicherung vor. An Aktien sind Werte von etwa 8000 Mark vorhanden, die Passiven betragen dagegen 70 000 Mark, die bevorrechtigten Forderungen belaufen sich auf 3500 Mark, so daß den Gläubigern etwa 2800 Mark zugute kommen oder rund 1 Prozent. Bei der Konkursöffnung waren zwei Bankkonten von 6 und 11 Mark vorhanden. Eine ganz famose Pleite, die den Angeklagten nicht einmal vor die Gerichtsschranken führen würde, wenn er nicht ausgerissen wäre und den Kadentassenstrag sowie das Postfischkonto erhoben hätte. Um diese Forderungen soll er nach Eröffnung des Konkurses die Gläubiger betrogen haben. Uebrigens sollen einige Dalkes gar nicht als Forderung eingereicht worden sein. Der Angeklagte behauptet, auf keinen Fall die Mithilfe gehabt zu haben, sich dauernd zu entfernen, er habe in einem Zustand völliger Fühlungslosigkeit gehandelt und sei nur nach Hamburg und Braunschweig gereist, um bei Bekannten Rat und Hilfe zu suchen. Als sich die reiche Geldheirat zerfallen habe, sei immer noch Rücksicht auf eine andere vorhanden gewesen. Die Geschworenen konnten sich von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und verneinten die Schuldburgen. Daraufhin erfolgte die Freisprechung Warnedes.

pb. Schon wieder zwei Fahrraddiebstähle. Am Donnerstag, dem 26. d. Mts. gegen 8 Uhr abends ist vom Fluß des Hauses Mengstraße 4 ein Fahrrad Marke „Bemmabur“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 16333 und der Fabriknummer 682075 gestohlen worden. An dem Rade befindet sich ein Schild mit der Aufschrift „G. A. I.“. Die Vordergabel trägt die Zahl 1. — Am 27. d. Mts. ist vom Fluß des Hauses Unterstraße 3b gegen 6 1/2 Uhr abends ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 4507 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Gestohlene Uhr. Am 27. d. Mts. sind aus dem Schaufenster eines in der Deponau wohnhaften Trödlers eine fast neue silberne Damenuhr mit glattem Goldband und der hinten auf dem Deckel eingravierten Inschrift „Zum Andenken“ gestohlen worden. Die auf 10 Steinen laufende Uhr hatte römische Ziffern. Sie befand sich in einem blau gefütterten Etui und war an einer langen goldenen Halskette mit Silber befestigt. In dem Etui befand sich ein goldener Siegelring mit dem Stempel „333“. — Des Diebstahls dringend verdächtig ist ein angeblicher Friseurgehilfe, der um die erwähnte Zeit bei dem Bestohlenen ein Paar Stiefel umzutauschen wünschte. Der Verdächtige ist 1,65—1,68 Meter groß, etwa 20—22 Jahre alt, hatte blondes Haar, keinen Bart, hohe Stirn, graublau Augen, rundes Gesicht, frische Gesichtsfarbe und schlankte Statur. Er war bekleidet mit einem runden braunen Schlapphut, braunem Jacketanzug und neuen schwarzen Schürschuhen mit Lederspitzen. Er wollte erst vor kurzem nach hier gekommen und in ein hiesiges Geschäft eingetreten sein. Vielleicht ist er in Friseurkreisen bekannt. Der Bestohlene fordert demjenigen, der über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände sachdienliche Angaben macht, eine Belohnung von 5 Mark zu.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden ein Monteur aus Lübben, der seitens des Amtsgerichts in Hamburg zweits Wolkstrafung einer Gefängnisstrafe von einer Woche schriftlich verfolgt wird; ein Arbeiter, der sich 2 Schindeln erschwunden hat und ein Kahnstößer, der aus dem Keller eines Hauses der Hafentstraße ein Fahrrad und einem Kellner ein Paar Handschuhe und eine Krawatte gestohlen hat.

pb. Entwendete Tapeten. Am Montag, dem 23. d. M. zwischen 12 und 2 Uhr mittags ist von einem Geschäftswagen, während er in der Kleinen Altenfähre hielt, ein Paket mit Tapeten abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Ein guter Kana. Ermittelt und festgenommen wurde ein obdachloser Metzler aus Welsberg, als er bei einem hiesigen Fahrradhändler ein Fahrrad zum Kauf anbot. Das Fahrrad, welches wahrscheinlich aus einem Diebstahl herrührt, bisher aber als gestohlen nicht gemeldet worden ist, trägt die Marke „Görcke“. Bei dem Festgenommenen wurden auch noch Wandscheine über auswärts verpfändete Uhren gefunden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Wandscheine oder die Uhren aus einem Diebstahl herrühren.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Etwas besonderes bringt das Hansa-Theater für den Monat April. Hartenstein, der treffliche Burlesk-Komiker kommt mit seinem Ensemble zu einem kurzen Gastspiel nach Lübeck. Prächtiger, gutmütiger Humor, vereint sich bei Hartenstein mit seinen hervorragenden schauspielerischen Leistungen und sichert ihm im voraus einen glänzenden Erfolg. Bei aller Unwüchsigkeit und Dürbheit seiner Komik verjähmht er alle pikant sein sollenden Zweideutigkeiten. Seine Darbietungen sind immer dezent. Hartenstein eröffnet sein Gastspiel mit der tollen Militärburleske „Der Stolz der 3. Kompagnie“. Ueber 1000 Aufführungen in fast allen großen Städten beweisen die Qualität dieser Komödie. Schließlich bemerken wir noch, daß Hartenstein für sein Unternehmen ein erstklassiges Ensemble verpflichtet hat. Hervorgehoben sei, daß neben Hartenstein noch 5 erste Varieteattraktionen verpflichtet sind. Ein Besuch des Hansa-Theaters können wir allen denen empfehlen, die sich ein paar vergnügte Stunden machen wollen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Mit Leffings „Mina von Bahrnheim“ beschließt heute der Lustspiel-Ensemble die Zahl seiner interessantesten Aufführungen. Nicht

ohne besonderes Interesse ist es auch für die Schüler unserer Schulen, die Direktion läßt darum auch für diese Vorstellung die bekannte Schülerpreisermäßigung gelten. Am Sonntag gehen, wie schon bekannt, am Nachmittag als Volksvorstellung zum Einheitspreise von 75 Pfg. pro Platz, die beliebte Woffe „Der Registrator auf Reisen“ in Szene, am Abend, mit zwei lo beliebten Gärten wie „unser“ Karl Erb und Hedwig Francklo-Kaufmann, Flotows Oper „Martha“. Auf beide Aufführungen sei hiermit noch einmal hingewiesen. Am Montag als 3. Vorstellung im Zyklus heiterer Opern „Der schwarze Domino“ von Huber.

Brech. Großfeuer. In der Nacht zum Donnerstag brannten auf dem Bahnhof Stellböden die Gewebe der Landleute Kreuze und Krähelst über. Die Bewohner konnten in der Hauptsache nur das Vieh retten.

[]) Kiel. Der Zusammenbruch einer konservativen Ordnung. Zu der kürzlich gemeldeten Verurteilung eines Kassenrendanten in Schleswig-Holstein wird uns noch geschrieben: Vor der Strafammer II des Kieler Landgerichts hatte sich der Rendant der Spar- und Darlehnskasse in Wangels, das zum Gutsbezirk Jawe im hiesigen Holstein gehört, zu verantworten. Reimers war die rechte Hand des Regierenden in dem Gutsbezirk eines Grafen Rendelow. Er hielt stramm zum Bunde der Landwirte und zur konservativen Partei; war konservativer Wahlmacher bei Reichs- und Landtagswahlen. Ihm hatte sogar Graf Rendelow nahegelegt, daß er gern Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses werden möchte und auch gern Kreistagsabgeordneter. Der Wunsch nach einem Abgeordnetenmandat ist noch nicht in Erfüllung gegangen, aber Kreistagsabgeordneter ist der Herr Graf geworden. Und nun stand dieses konservative Werkzeug vor Gericht. Ihm wurde vorgeworfen, die Kasse um große Summen geschädigt zu haben — auf 66 000 Mark wurde nach den Zeugenaussagen die Summe berechnet, das Gericht machte aber den Angeklagten nur für 20 000 Mark verantwortlich —, er sollte im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ falsche Bilanzen veröffentlicht und der Generalversammlung falsche Angaben über den Vermögensbestand der Kasse gegeben haben. Als schließlich, um den Angeklagten zur Vorlage der Bücher für die Revision durch den Genossenschaftsrevisor zu zwingen, eine omtsgerichtliche Verfügung dahingehend erlassen war, verbrannte die Frau des Angeklagten alle Bücher, auch die Kontobücher der Kontoinhaber. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe.

Brennstoffdiebstahl. Ein juchbares Unglück, dem fünf Arbeiter zum Opfer fielen, ereignete sich hier gestern vormittag 11 Uhr. Als ein Schwebekahn der Bauirma Holzmann & Co., der über die neue Schleppe reißt, abmontiert wurde, stürzte er um. Wie die Firma Holzmann & Co. mitteilt, wurden fünf Arbeiter getötet und drei Arbeiter verletzt, jedoch nicht tödlich. Ein ausführlicher Bericht sagt über das Unglück folgendes: Die über den Kaiser-Wilhelm-Kanal führende Kabelbahn, die für die von der Firma Holzmann & Co. auszuführenden Schleusenarbeiten errichtet war, sollte demontiert werden. Freitag vormittag waren 9 Arbeiter und Schloffer damit beschäftigt, die Kabel abzuhängen. Diese waren zwischen zwei je 45 Meter hohen Drahtböden gespannt, die aus zwei eisernen, spitzwinklig zusammengelegten Schenkeln bestanden. Als die Laufkatze mit den Arbeitern auf dem Boden angekommen war, brach plötzlich der nördliche Mast mit ungeheurem Krach zusammen und riß die Arbeiter mit sich. Drei Arbeiter waren sofort tot, ein vierter starb auf dem Transport ins Krankenhaus, ein anderer wurde in den Kanal geschleudert und ertrank; ein sechster liegt noch unter den Trümmern begraben. Ein anderer Arbeiter, der in den Kanal gesprungen war, vermochte sich zu retten. Es handelt sich um Italiener, Polen und Oesterreicher, deren Namen noch nicht festgestellt werden konnten. Das Unglück wurde, wie jetzt gemeldet wird, veranlaßt durch den Bruch des großen Spannfahrs der letzten Kabelbahn. Die Streckschleife stürzte ein und infolgedessen ging auch ein in Höhe von 50 Metern schwebender Montagetafen in die Tiefe. Der Arbeiter Gude slog in die Schleppe. Taucher konnten seine Leiche bis jetzt noch nicht finden. Die Arbeiten sind eingestellt worden. Der Materialschaden ist bedeutend.

Bremen. Schrecklicher Tod eines Kindes. In einer Hausgeburde ertrank ein bei 2 1/2 Jahre alte Sohn eines an der Demme in Ursten wohnenden Aufsehers. Der Kleine spielte mit dem vier Jahre alten Sohn eines Mitbewohners auf der elterlichen Hofstätte. Blötzlich hörte die Mutter des Spieltameraden ihren Sohn schreien. Sie eilte sofort auf den Hofplatz und erfuhr dort, daß der kleinere Knabe in eine Faudgrube gefallen war. Sie sprang sofort in die Grube hinein und holte das Kind heraus. Alle sofort angestellten Wiederbelebungsmassnahmen blieben jedoch erfolglos.

Bremen. Aus der Bürgerschaft. Die Trennung der Staatsfinanzen von den Finanzen der Stadt Bremen hat sich bislang noch immer nicht durchführen lassen. Das wird auch um so schwieriger sich gestalten, je mehr mit der zunehmenden Entwicklung die Verhältnisse sich verquiden. Die Hafenkäbde glauben aus diesem Grunde namentlich überfordert zu sein, und häufig haben sich Senat und Bürgerschaft mit diesen Dingen befaßt müssen. Umsonst. Auch neuerdings hat eine Deputation seit einigen Jahren getagt; sie kommt zu keinem anderen Resultat, als den Schulzuschuß für Begeßad und Bremerhaven um etwas zu erhöhen und den Hafenkäbden die Erträge der kürzlich geschaffenen Gewerbesteuer zugumenden. Weiteres zu tun, wurde in einem eingehenden Bericht abgelehnt; die Bremerhavener Vertreter erreichten durch entsprechende Anträge indes, daß zunächst nur die Frage der Gesetzesverabschiedung zur Erledigung kam (Gewerbesteuer), die übrigen Punkte aber zurückgestellt wurden. — Eine lange Debatte hatte früher eine Vorlage des Senats verursacht, dem Bau- und Wohnungsverein der Staats- und Gemeindebeamten in Bremerhaven ein Staatsgelände zu verkaufen. Nachdem heute das Wiederkaufsrecht des Staates gesichert worden, stimmte auch die Bürgerschaft anstandslos zu. — Die herrschende Wohnungsnot hat jetzt den Staat zu außerordentlichen Maßnahmen getrieben, doch vorläufig zu solchen provisorischer Natur: Herriichtung von Schulbaracken, der Hofstarkaserne und des Stationsgebäudes (ehemaliges) in Oslebshausen zu Wohnungen. Anderweitige Maßnahmen stellt man in Aussicht. Die Bürgerschaft stimmte der Vorlage zu, aber nicht ohne für den Senat bittere Willen. Es fand außerdem ein Antrag Annahme, daß das Provisorium am 30. September dieses Jahres sein Ende erreicht haben müsse. Ebenso fanden zwei Anträge des Kaufmannes Engemeyer Annahme, wonach der Bauverein für Arbeiterwohnungen zu erneuter Wohnungsbautätigkeit aufgefordert und bei der Landesversicherungsanstalt zu Lübeck die Fälligmachung von Kapitalien zu Bauzwecken versucht werden, eventuell der Staatskredit für diesen Zweck in Anspruch genommen werden soll.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Köwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lehrlings-Ausrüstungen

für jeden Beruf
kauft man allgemein anerkannt
am besten und billigsten im
Spezial-Ausrüstungsgesch.
vorm. Alb. Riess

Louis Levy,
Klingenberg. 2451

Kellner- Schlosser- Zimmerer- Maurer- Maler- Schlachter- Hausdiener- Friseur-,

Anzüge . 14.— an Hosen . . 1.10 an Hosen . . 2.90 an Hosen . 2.50 an Kittel . . 2.— an Jacken . 8.50 an Westen . . 4.80 an Koch- und
Jacken . 7.50 an Jackells . . 1.30 an Westen . . 8.— an Jacken . 1.80 an Hosen . 1.60 an Kittel . 1.20 an Hosen . . 4.50 an Konditor-
Hosen . 4.— an Jacken . . 1.20 an Hüte . . 2.50 an Blusen . 1.40 an Jacken . 1.80 an Schürzen 1.80 an Mützen . . 1.— an Jacken.

Ein Kaninchen (Dolländer) mit
6 Jungen zu verkaufen.
2442) Rottmistr. 68, part.

Zu kauf. gel. ein aut versinsbar.
Haus zum 1. Juli bei gut. Anzahl.
Angeb. unter M G 14 an d. Exp.
dieses Blattes. (2435)

Ein Nähmaschinenfuß a. laufen
gel. Ana. u. P E 43 a. d. Exp. (2461)

Verloren e. schwarzer Muff auf
dem Wege von Gr. Burgstr. nach
Einfiedelstr. Abzug. gegen Belohnung
Einfiedelstr. 50. (2388)

Kartoffelland

wird vermessen, Sonntag, den 29.
März, morgens 7 Uhr. (2437)

G. Carsten, Vornort.

Garten- u. Kartoffelland

Vorstadt St. Gertrud, per Aukt für
20.3 sofort zu verpachten.
2439) Näheres Arminstraße 14.

Gartenland

zu verpacht.
Stockelsdorf, Lohr 10.

Entzweigtes Kartoffelland
zu verpachten, Fläche 60 Bja.
Vermessung am Sonntag, dem 29.
ds. Mts., 8 Uhr morgens.
2479) Callies, Westor.

Am Sonntag, dem 29. März,
von 8 Uhr an, wird auf meiner
Lehfpoppel 2419

Kartoffelland

vermessen. E. Rottgardt,
Stockelsdorf.

Kartoffelland,

ertragsfähig, gut gedüngt und be-
pflügt a. Quadrante 70 Wp. wird
vermessen Sonnabend, d. 28. März,
abends von 7 Uhr an, und Sonnt-
tag, morgens von 7 Uhr an, auf der
Koppel gegenüber d. Fregelstr. Vornort
2457) Karl Reshöft, Giffenstr. 6.

50 Acker Kartoffelland mit Bude
auf 5 Jahre auf d. Seiligen Geis-
kamp zu verpachten. Zu erfragen
„Gartenböse“, Stillebuden 4.

Wetzlicher Sonntagsklinik

am Sonntag, 29. März, v. 1 Uhr ab:
Dr. med. Leubhard, Weststr. 175.
Dr. med. Wex, Pogeburg, Allee 2a.
Dr. med. Schnoor, Schwart Allee 47.

Junge Frau sucht jungem Mann
die Wäsche zu waschen und auszu-
bessern. Angebote unter S. 24 249
an die Exp. d. Bl.

Für Damenhaar sehr gute
Preise. Ed. Rieck,
2415) Rosenbüchen Allee 41a.

Ohrringe med. eingeseht

Otto Frazer, Klinker,
2463) Fregelstraße 19c.

Gutbare Sohlen und Absatz
zu billigen Preisen.
2410) Hügelstraße 101.

Unsere Sonnabend von 5-9 Uhr:
25 Markthallenstand 28 (2452)
St. Gertr. Str. 10/11a Tel. 30 40 Bja.

Kleiner Lager-Restbestand
Knaben- und Mädchenstiefel
Gr. 27-31 1.75 bis 2.—.
2251) Dornstraße 40.

Damen- und Kinderhüten

Minna Kartz, Bedersgrube 50
Gute u. hübsche erhalte halbdicht.
Gabe rote Abattnarfen.

Angren-Reparaturwerkstatt
Ang. Eüttner, Urmacher-
meister.
2455) Hügelstraße 32.

Schülermützen

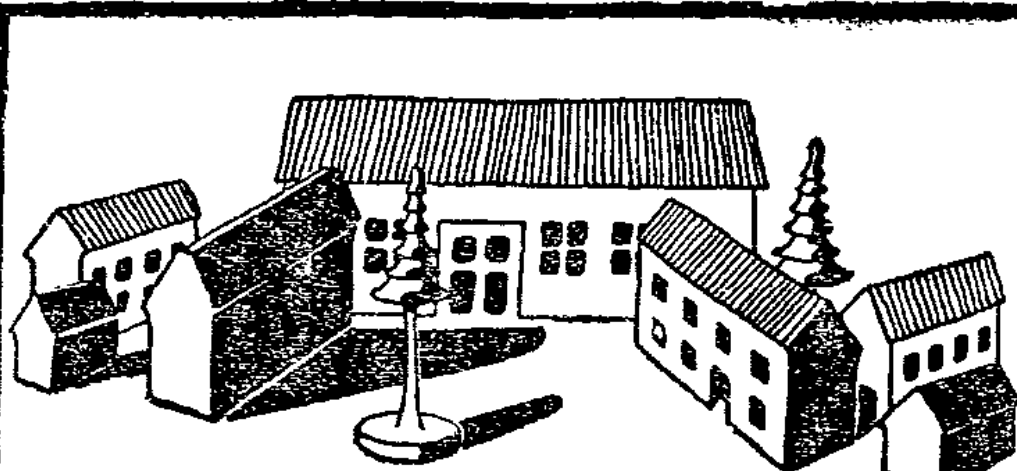
Konfirmations-, steife und weiche
Filzhüte

kauft man billig und gut in großer
Auswahl bei

Emil Spormann Nachf.
Kurt Storch
Fünfhausen 10.

Steh-Bierhalle.

Neu! Im „Altdeutschen Hof“, Kohlmarkt 13. Neu!
Heute Eröffnung.
Lücksches Bier $\frac{3}{10}$ 10 A, gr. Kümmel 5 A
Für zuvorkommende Bedienung ist bestens gesorgt.
2456) Dölle.



In jedem Louis
nimmt man jetzt
Hott Lüttke
Dr. Klynick's Pulmoner
Die allgem. beliebte Pflanz-
zu Lüttke-Morngomins, Damm
für ist ihr zum mannschaften
süßlich, aber sind billigere

Die Frühjahrs-Möbel-Ausstellung in

H. E. Kochs Möbelhäusern und den
Schaufenstern

ist sehenswert!

Sie bietet allen geehrten Möbelkäufern die beste
Gelegenheit, zwanglose Besichtigungen zu jeder
Zeit daselbst für Anrede und Vergleiche betrefis
Auswahl, Arbeit und Preise zu machen, wobei Sie
bald zu der Ueberzeugung kommen werden, daß
Kochs Möbel-Geschäftshäuser, Marlesgrube 45, 40, 11, 9,
— letztere sind ganz nahe am Klingenberg — in
jeder Beziehung leistungs- und konkurrenzfähig
und für „Möbel-Ausstellungen“ auf der Höhe sind.

Stets große Auswahl
und täglich Eingang neuester Erzeugnisse
— mod. Speisezimmer — Herrenzimmer — Salons —
— Wohnstuben — Echte Schlafzimmer — Küchen
— Fliegarderec. — bess. Kleinföbel z. Ausschmück.
Gemalte Schlafzimmer, Fremdenstuben, Stühle,
Spiegel u. a. m. zu allen Preisen.

Alle einzelnen Stücke Möbel je nach Bedarf sehr
vorteilhaft und gut.

Auf alle Preise: 5 Prozent Bar-Rabatt.
Kostenanschläge und Möbelkataloge — nur auf
Wunsch — unentgeltlich. Keine Agenten, keine
Akquisiteure werden vom Geschäft gehalten; dies
verdienen alle Kunden selbst. (2163)

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Achtung!

Alle Mitglieder, die gewillt sind,
bei einer Agitation für unsere neue
Warenabgabestelle tätig zu sein
bitten wir, sich am

Sonntag, dem 29. März,
morgens 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
einzufinden. Der Vorstand.
2378)

Die besten

Zahne 180
M.

mit echten Platinstiften
in geeigneten Fällen
2453) Diadozilx.

Ganz. Gebiß, 28 Zähne
50 Mk.

Wenden Sie sich ver-
trauensvoll nach
meinem Atelier!

300 Mt.
Belohnung

demjenigen der mir nachweist
daß ich höhere Preise als
1.80 Mt. pro Zahn mit Kaut-
schukplatte fordere.

Umarbeitung nichtig. Gebisse.
Blombierungen.
Zähne ohne Gummiplatte.
Zahnziehen mit bräunlicher
1 Mt. Zahnübung 1 Mt.

Zahn-Praxis
Ernst Haus

Lübeck
Mühlenstraße 1-3, I.
Sprechz. 10-12 u. 2-8 Uhr.

Carl Folkers

Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

Konfirmationskarten

in großer Auswahl empfiehlt
sehr billig (2262)

J. Ehlers

Warendorferstraße 29.

Kiebitzeier

kauft 2878
Carl Hinz
Delikatessenhaus
Brelte Str. 55. Fernr. 8

Allgemeine

Ortstrantentafel in Lübeck.

Die Herren Arbeitgeber, welche
Hausgewerbetreibende beschäfti-
gen, werden darauf hingewiesen,
daß sie in der ersten Woche jedes
Monats unserer Kasse eine Liste der
im abgelaufenen Monat beschäf-
tigten Hausgewerbetreibenden nach
dem vom Bundesrat erlassenen
Muster, das bei der Geschäfts-
bücherei von Otto Gusmann, Enger
Kranmbuden, erhältlich ist, einzu-
reichen haben.

Beim Einreichen der Liste hat der
Auftraggeber sogleich die für den
abgelaufenen Monat fälligen Zu-
schüsse für sämtliche von ihm be-
schäftigten Hausgewerbetreibenden
an die Kasse einzuzahlen.

Die Zuschüsse betragen 2 vom
Hundert des Entgelts.

Soweit die Herren Arbeitgeber
mit der Einreichung der Listen und
Zahlung der Zuschüsse im Rückstand
geblieben sind, werden sie hierdurch
aufgefordert, bei Vermeidung der
ihnen drohenden Strafen nummehr
binnen 1 Woche dem Gesetze und
der Satzung zu genügen.

Lübeck, den 27. März 1914.
2428) Die Verwaltung.

Sonntag, den 29. März

Gr. Tanzmusik
verbunden mit 2418
humoristischen Vorträgen.
Stockelsdorf. E. Rottgardt.

Stockelsdorf.

Gasthof „Drei Kronen“.
Sonntag, den 29. März 1914:

Gr. Tanzmusik

verb. m. Kappenfest. 2380
Anfang 7 Uhr. Ende morgens.

Mekelbörger Plattdösch. Verein

Heute

Sonntag nachmittag

Parole: Kolosseum

zur
Wohltätigkeits-
Vorstellung

zum Besten der Waldschule Wesloe:
Ein Winterabend in einem
mecklenburgisch. Bauernhause.

Kassenöffnung 2 1/2 Uhr.
Anfang 3 1/2 Uhr.

Kassenpreise: Num. Platz 1.50 Mk.,
I. Platz 1.— Mk., 2. Platz 50 A. —
Vorverkauf wie bekannt.

2466) Der Vorstand.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 27. März 1914.

242. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Landesratspräsident Dr. Lisco.
Der Antrag der Geschäftsordnungskommission wird die nachstehende Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Werner-Gießen (N.) verjagt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Novelle zum Handelsgesetzbuch betr. die Konkurrenzklause.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Lisco: Bei den Verhandlungen über den Etat der Reichsjustizverwaltung habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingen möge, den Gesetzentwurf über die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen bald auf die Tagesordnung zu bringen. Ich begrüße es deshalb, daß diese Hoffnung sich erfüllt hat, und hoffe, daß die Verhandlungen zu einem gezielten Abschluß gebracht werden. Die Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung bilden das Ergebnis sehr eingehender Beratungen. Die verbündeten Regierungen sind den Wünschen der Kommission in großem Umfang nachgekommen. Die Kommission hat andererseits weitergehende Beschlüsse erster Lesung fallen gelassen, es hat über die meisten Punkte der Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung keine Einigung erzielt werden können. Meinungsverschiedenheiten sind jetzt nur noch über drei Punkte vorhanden, 1) die verbündeten Regierungen hatten sich im Laufe der Kommissionsberatung damit einverstanden erklärt, daß die den Handlungsgehilfen für die Dauer des Wettbewerbsverbots zu zahlende Entschädigung auf ein Drittel der den Handlungsgehilfen vertragsmäßig zustehenden Bezüge bemessen wird. Die Kommission hat diese Entschädigung auf die Hälfte jener Bezüge festgesetzt; 2) hatten die verbündeten Regierungen sich damit einverstanden erklärt, daß die Zuständigkeit der Konkurrenzklause entgegen dem Entwurf davon abhängig gemacht werde, daß die jährlichen vertragsmäßigen Bezüge der Gehilfen mehr als 1500 Mark betragen. Die Kommission hat sich für eine Mindestbetragsgrenze von 1800 Mark entschieden; 3) hat die Kommission im Gegensatz zur Regierungsvorlage und ihren eigenen Beschlüssen erster Lesung beschlossen, daß im Falle der Vereinbarung einer Vertragsstrafe der Gläubiger nur das Recht auf die Vertragsstrafe habe, also nicht befugt sein sollte, zwischen dem Anspruch auf Innehaltung des Wettbewerbsverbots und der Einforderung der Vertragsstrafe zu wählen. Die verbündeten Regierungen wären äußersten Falles, wenn dadurch das Zustandekommen des Gesetzes erreicht werden kann, bereit, in dem ersten Punkte nachzugeben (Bravo!), also einer Erhöhung der sogenannten Karenzentschädigung auf die Hälfte zuzustimmen. Die beiden anderen erwähnten Beschlüsse der Kommission sind aber für die verbündeten Regierungen unannehmbar. (Bravo! rechts.) Ich möchte von vornherein nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß, falls die Beschlüsse der Kommission in diesen beiden Punkten nicht geändert werden, die Vorlage, wie ich nochmals scharf betone, für die verbündeten Regierungen unannehmbar ist. Zur Begründung dieser Stellungnahme berufe ich mich auf den Kommissionsbericht. Ich will nur nochmals hervorheben, daß neben der Einführung des Grundsatzes der bezahlten Karenz für die Festsetzung einer Gehaltsgrenze ein Bedürfnis überhaupt nicht anerkannt werden kann, und daß die Bedenken, die gegen eine solche schematische Regelung obwalten, mit jeder Erhöhung der Grenze sich naturgemäß vermehren. Wenn ferner das Gesetz dafür sorgt, daß die Konkurrenzklause nur noch in ganz geringen sachlich gerechtfertigten Fällen zugelassen wird, und daß der Gehilfe eine Entschädigung für die Restriktion seiner Erwerbstätigkeit erhält, so darf auf der anderen Seite die Durchführung eines berechtigten Wettbewerbsverbots durch den Ausschluß der Erfüllungsklage nicht verhindert werden. Das würde mit Treu und Glauben nicht vereinbar sein. Und nun bitte ich Sie, sich einmal den Rechtszustand zu vergegenwärtigen, wie er sich bei einer Verständigung über den Gesetzentwurf in Zukunft gestalten wird. Dieser Rechtszustand ist für den Handlungsgehilfen überaus günstig. Die Konkurrenzklause ist unverbindlich, soweit sie nicht zum Schutze eines berechtigten geschäftlichen Interesses des Prinzipals dient, oder soweit sie eine unwürdige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen bedeutet. Sie ist ferner nur gültig, wenn sie schriftlich vereinbart ist,

wenn der Gehilfe ein Gehalt von mehr als 1500 Mk. bezieht und wenn der Prinzipal sich außerdem verpflichtet, eine Entschädigung in Höhe der Hälfte des Gehalts zu zahlen. Dabei wird, was der Gehilfe etwa in seiner neuen Stellung bezieht, auf die Entschädigung zwar angerechnet, aber diese Anrechnung beginnt nicht schon dann, wenn die Entschädigung und der neue Verdienst zusammen das frühere Gehalt erreichen, sondern erst dann, wenn sie daselbe um 10 Prozent, teilweise sogar um 25 Prozent übertreffen. Die Folge dieser Regelung muß sein, daß die Konkurrenzklause überhaupt nur noch eine ganz seltene Ausnahme bildet, und auch in diesen Ausnahmefällen wird sie keine unbillige Härte mehr für den Gehilfen in sich schließen können. Das ist der Zustand, der durch den Gesetzentwurf erreicht wurde. Scheitert sein Zustandekommen an den erwähnten beiden Punkten, so würde ich das im Interesse der Handlungsgehilfen auf das lebhafteste bedauern. Es würden die Gehilfen damit der Vorteile, die ihnen diese Neuordnung gewährt, beraubt. Die Verantwortung dafür würde neben den Verbänden der Handlungsgehilfen, die an unerfüllbaren Forderungen festhalten, den Reichstag treffen. Die verbündeten Regierungen sind sich bewußt, den Wünschen der Gehilfen und der Kommission soweit entgegengekommen zu sein, wie sie es mit den berechtigten Interessen der Prinzipale nur irgendwie für vereinbar halten können. Ich richte deshalb an das Hohe Haus die dringende Bitte, sich im Interesse der Handlungsgehilfen in den beiden Punkten auf den Standpunkt der Regierung zu stellen. Tun Sie das, dann würde, was ich besonders betone, auch die Bahn frei gemacht werden, um das Verhältnis der technischen Angehörigen neu zu regeln. Eine solche Regelung wird nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs alsbald in Angriff genommen werden. (Bravo! rechts.)

Trimborn (Z., zur Geschäftsordnung): Zu der durch die Erklärung des Staatssekretärs geschilderten Lage müssen die Fraktionen Stellung nehmen. Auch ist es nicht förderlich, eine so wichtige Frage in Ferienstimmung zu beraten. Ich beantrage deshalb die Vertagung der Beratung bis nach den Osterferien.

Haase (SD., zur Geschäftsordnung): Es hieße dem Parlament das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellen, wenn man meint, daß es wegen der Ferien, die einen Monat dauern werden, nicht so lange zusammengehalten werden kann, um eine so wichtige Frage zu beraten. Der Grund für den Antrag ist in Wirklichkeit ein anderer. Die Herren wollen Zeit haben, um die beschiedenen Beschlüsse der Kommission nach rückwärts zu revidieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist unrichtig, daß durch die Erklärung der Regierung eine neue Situation geschaffen ist. Dieselbe Stellung hat die Regierung auch in der Kommission eingenommen, und alle Fraktionen haben zu ihrem Unannehmbar Stellung genommen oder doch nehmen können. Die Erklärung der Regierung geht jetzt ins Land hinaus und eine Antwort soll nicht gegeben werden. Die Herren wollen in der Zwischenzeit versuchen, die Handlungsgehilfenverbände unter das laubdünne Joch, das ihnen auferlegt werden soll, zu zwingen. Diese Politik machen wir nicht mit. (Bravo! bei den Soz.)

Weinhausen (Sp.): Die Ferienstimmung allein kann für die Vertagung nicht maßgebend sein, ebensowenig der Wunsch, Zeit zum Umschalten zu gewinnen. Das könnte wir in zwei Stunden fertig bringen. Gerade weil wir das nicht wollen, wollen wir den beteiligten Verbänden Gelegenheit, geben, zu sprechen, um ihre Interessen wahrzunehmen. Wir stehen in der Tat vor einer neuen Situation, denn in der Kommission hat der Staatssekretär nur für das Reichsjustizamt, nicht aber, wie jetzt, im Namen der verbündeten Regierungen gesprochen.

Bassermann (N.): Die Erklärung des Staatssekretärs wäre an sich kein Grund zur Vertagung. Wir halten es aber nicht für richtig, eine so wichtige Frage heute zu verhandeln, dann die Verhandlung abzubrechen und nach den Ferien wieder fortzusetzen. Deshalb stimmen wir der Vertagung zu.

Frommer (K.): Nach den Erklärungen des Staatssekretärs ist in der Tat eine neue Lage geschaffen, so daß wir Zeit haben müssen, mit den Interessenten Fühlung zu nehmen.

Giebel (SD.): Der Einwand des Abg. Bassermann ist hinfällig, denn wir könnten die Frage morgen noch weiter verhandeln und die Beratung zu Ende bringen. Die Erklärungen der verbündeten Regierungen sind auch in der Kom-

mission in der denkbar deutlichsten Weise abgegeben worden. Aber jetzt soll diese Erklärung ins Land hinausgehen, um sie gewissermaßen als Revolver zu gebrauchen, den man den Handlungsgehilfen vorhalten will. Eine solche Taktik machen wir nicht mit. Die Frage ist jetzt lediglich, ob der Reichstag die Beschlüsse der Kommission, die auch von der Presse der Handlungsgehilfen gebilligt sind, aufrecht erhalten will.

Soch (SD.): Der Gesetzentwurf kann sehr gut in einer zweitägigen Beratung erledigt werden. Diese Zeit haben wir ausreichend. Jedem eine neue Lage der Dinge ist nicht geschaffen, denn das Unannehmbar der Regierung ist auch in der Kommission schon erklärt worden. Aber der Staatssekretär hat jetzt noch einmal die Gründe der Regierung dargelegt, und Sie wollen nun lediglich verhindern, daß dargelegt wird, warum es der größte Fehler wäre, wenn die Handlungsgehilfen sich auf diesen Leim loden ließen. (Arm rechts und im Zentr.)

Waldflein (Sp.): Wer trotz des Unannehmbar der Regierung auf dem einmal eingenommenen Stand verharren und dadurch die Vorlage zu Fall bringen will, wie die Sozialdemokraten, der wird natürlich gegen eine Vertagung sein. Wir aber wollen ein positives Ergebnis erzielen, und deshalb brauchen wir Zeit, damit die Handlungsgehilfenverbände entscheiden, ob sie das, was sie haben können, nehmen wollen.

Dr. Lisco (SD.): Die Sache liegt viel einfacher. Die Frage ist nur, ob Sie die Tatkraft und Energie haben wollen, dem Willen der Regierung sofort den Willen des Parlaments entgegenzustellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf volkswirtschaftlichem Gebiet haben wir solche Verschiebungsmanöver schon oft erlebt, jetzt soll dieselbe Taktik auch auf sozialpolitischem Gebiet angewendet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß wir Sozialdemokraten die Vorlage zu Fall bringen wollen, ist eine Unterstellung, die ich nicht für möglich gehalten hätte. Kompromiß ist schon genug in der Kommission. Das muß jetzt ein Ende haben. Stellen Sie dem Willen der Regierung den Willen des Reichstags gegenüber, die Handlungsgehilfenverbände werden dann hinter Ihnen stehen. Aber Sie versäumen wieder einmal die Gelegenheit, das bisherige Recht, das Sie haben, durchzusetzen. (Beifall bei den Soz.)

Bassermann (N.): Die Handlungsgehilfen werden aus dieser Debatte erfahren, daß die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, ein vernünftiges Gesetz zustande zu bringen. Von einer Verschleppung kann gar keine Rede sein.

Haase (SD.): Durch Herrn Waldflein haben wir eine neue Spielart von Demokratie kennen gelernt, nämlich die, welche nach einem Unannehmbar der Regierung nicht einmal in eine zweite Lesung einzutreten gewillt ist. Seinen Vorwurf, daß meine Partei den Entwurf zu Falle bringen will, brauche ich nicht zurückzuweisen, die ganze Tätigkeit meiner Partei beweist das Gegenteil. Wir wollen ein nützliches Gesetz für die Handlungsgehilfen schaffen, und nicht ein solches, das auch ihre bescheidensten Wünsche über Bord wirft. (Beifall b. d. Soz.)

Die Geschäftsordnungsdebatte schließt. Der Vertagungsantrag des Abg. Trimborn wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen Petitionen.
Eine Petition betr. Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs über die holländische Grenze im Regierungsbezirk Aurich beantragt die Kommission zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Antrag Arnstadt (K.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Fischer-Sachsen (SD.): Die Grenzbewohner anderer Regierungsbezirke haben diese Vergünstigung. Sie liegt auch im Interesse aller Grenzbewohner, die meist ärmere Leute sind, und ohnehin durch die Verhältnisse an der Grenze unzähligen Schikanen ausgesetzt sind. Wir stimmen deshalb dem Kommissionsantrag zu.

v. Graefe (K.): Die Regierung hat in der Kommission nachgewiesen, daß gerade in diesem Bezirk für die Zollerleichterungen kein Bedürfnis vorliegt, ja, daß dadurch viele kleine Gewerbetreibende geschädigt würden.

Fegter (W.): Der Regierungsvertreter hat das wohl behauptet, aber nicht bewiesen. Wie ich die Verhältnisse kenne, waren seine Zahlen irreführend.

Ein Regierungsvertreter betont demgegenüber, daß die Zahlen auf amtlichem Material beruht hätten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Fegter und von Graefe wird nach Ablehnung eines Antrags v. Graefe auf

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf C. M. Salta.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(5. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Am dritten Tage begann es der Fürstin unheimlich zu werden. So sehr sich Eudoxia auch bemühte, sie konnte von den Hausgenossen nichts erfahren; Niemand wußte etwas, aber alle ahnten, daß etwas vorgehe. Pauline war überzeugt, daß ihr Vater schon mit verschiedenen Klöstern in Verbindung stehe und eifrig die Ordensregeln studiere. Der etliche Mensch, der ihr hätte einen großen Dienst erweisen und Trost spenden können, ihr Vetter Elias, kam gar nicht in's Haus. Erst am vierten Tage nach dem Ballfeste erfuhr sie, daß er beim Fürsten sei.

Elias Petrowitsch war an die strenge Kälte Rußlands gar nicht mehr gewöhnt; fortwährend erkältete er sich, fühlte sich unwohl und mußte die letzten vier Tage das Bett hüten, während er das russische Klima und den russischen Winter in den kräftigsten Ausdrücken vermißte.

„Siehst Du, Wandervogel,“ bemerkte sein Oheim, „hättest Du Dich nicht Dein ganzes Leben hindurch in den Ländern jenseits des Ozeans aufgehalten, so würdest Du ein kerngesunder Mensch sein, doch heute bist Du nichts, als ein erbärmlicher Weichling.“

Elias Petrowitsch merkte sofort, daß sein Onkel in gereizter Stimmung war. Als er sich nach dem Befinden seiner Cousine erkundigte, erhielt er folgende Antwort:

„Ich bin böse, und ich bereite mich zum Weihen vor. Und Prastowia Andejewna? Bah, was kann ihr geschehen? Sie ist von Stein, allein dieses da . . . wird sie ein wenig erweichen.“

Bei diesen Worten deutete er nach seinem Schreibtische, auf welchem zwei große, versiegelte Briefe lagen.

Elias Petrowitsch trat an den Schreibtisch, der eine Brief war an Justine Kusmina in Ruja, der andere an Wataratarowitsch Trubizhoe in Berespolje adressiert.

„Das sind zwei Ohrfeigen für meine Tochter,“ sagte der Fürst mit triumphierendem Lächeln.

„Aber wofür denn, mein lieber Onkel? Weil Sie Dich hebt und lieber bei Dir bleiben will, als ein Wildschwein heiraten?“

„Schon gut, schon gut, das ist eine ganz lägenhafte, entstellte und verdrehte Darstellung. Ich denke doch, daß ich nicht dünner bin, als Du, mein lieber Neffe. Lassen wir deshalb das Thema fallen, und erzähle mir lieber, was Du zu beginnen beabsichtigst! Sag mir, denkst Du denn gar nicht ans Heiraten? Ja, ja, mein lieber Neffe,“ fuhr der Fürst im Tone eines Moralpredigers fort, „hättest Du beizzeiten geheiratet, so würdest Du nicht fortwährend mutterseelenallein in der Welt herumtrotzen, sondern Du lägest ruhig in Moskau mit Weib und Kind. Jawohl, Du könntest heute schon erwachsene Söhne und Töchter haben. Jetzt bist Du alt und dick geworden. Sieh Dir doch nur einmal Deine Hand an! Ist denn das eine Hand? Bah, das ist ja ein Aok. Ja, ja, mein Freund, fünf bis sechs Jahre wirst Du noch herumspringen, bis Du endlich einmal hängen bleibst.“

„Und woran denn?“ fragte der Neffe nat.

„Nun, selbstverständlich an einer Frau oder an einem jungen Mädchen. Aber so viel kann ich Dir schon heute mit aller Bestimmtheit sagen: Du wirst eine Frau bekommen, welche Dich auf ihre linke Hand setzt, während sie dich mit ihrer rechten niederdrückt und knetet.“

Elias Petrowitsch brach in ein helles Gelächter aus und lachte so lange, bis ihm die Tränen über die Wangen rollten. Seine Heiterkeit steckte auch seinen Oheim an; Andrej Zwano-witsch lachte mit.

„Ist es möglich, Onkel, kannst Du wirklich glauben, daß ich mich in meinem Alter noch von einem Weibe betören ließe?“ rief Elias belustigt aus. „Bah, wie sollte so etwas möglich sein? Fünfzig Jahre hab ich die Welt durchstreift und nicht einer einzigen Schönen ist es gelungen, in ihren Netzen mich zu fangen; denn für mich waren alle Frauen nichts weiter, als Rohlköpfe. Und jetzt auf einmal willst Du mir eine solche Dummheit zumuten? Sag, hältst Du mich wirklich für so einfältig?“

„Jawohl, mein Junge, derartige Dinge passieren nicht selten. Sämtliche Hagestolze pflegen sich in ihrem sechzigsten Jahre nach einer Frau umzusehen, wenn es auch manchmal bloß aus dem Grunde geschieht, um nicht mehr allein sein zu brauchen. Man beneidet in einem solchen Alter jede Familie; denn zum Herumspringen spürt man keine Lust mehr, und zu Hause ist es so langweilig. Ja, ja, mein Sohn, im Alter kommen Langeweile und Seufzer zu uns zu Gaste. Ach, wie einsam und verlassen bin ich doch, heißt es dann, und was für idiotische Kinder dort umherlaufen! Andere Leute haben

Glück, nur ich nicht. Welch reizendes Weibchen dort geht, schwarzäugig, meinetwegen auch weißäugig, und ich bin immer allein! Bald muß ich sterben und dann ist niemand da, um mir die Augen zuzudrücken. Wenn soll ich mein Vermögen vererben? Als bald fängt man an, Umschau unter den Frauen zu halten. Die eine gefällt, die Werbung beginnt . . . und der Korb steht schon da. Mein Herr, Sie haben die richtige Zeit verpaßt, erklärt man uns. Man wirbt dann ein zweites, ein drittes . . . ein zehntes Mal, aber keine Dame will blind genug, um die Werbung in Gnaden anzunehmen. Ja, ja, mein lieber Neffe, in einen Jüngling, wie Dich, wird kein Fräulein sich verlieben, obwohl Du ein Fürst bist. Und das Ende vom Liede ist — ein erkauftes Herz, wehweile Liebe, erkaufte Glück. Und so kommt es, daß ein alter Hagestolz zufällig an einer Zigeunerbande vorüberfährt und . . . in Begleitung einer Frau nach Hause kommt.“

Elias Petrowitsch lachte laut auf.

„Du kannst noch Gott danken, wenn es bloß eine Zigeunerin ist, die Du zum Weibe erhaltst; denn manchmal bekommt man ein Weibsbild, welches noch tausendmal ärger ist, als eine Zigeunerin. Leche nicht, Neffe! Ich sage Dir, eine Heze sollst Du zur Frau haben, eine echte Heze aus Kiew.“

Die Unterhaltung zwischen Onkel und Neffe währte ziemlich lange. Zuletzt eröffnete der Fürst seinem Gaste, daß er ihn nicht zum Diner einladen könne, weil er verreise. Auf die Bemerkung des Elias Petrowitsch, er werde mit Prastowia Andejewna speisen, erwiderte er, seine Tochter dürfe niemand empfangen, weil sie „im Arrest“ sei.

„In ihrem Alter?“ rief Fürst Elias Petrowitsch voll des höchsten Erstaunens aus. „Und nach welchem Gesetze ist diese Strafe über sie verhängt? Vielleicht nach dem kaukasischen?“

„Nach dem Berespoljskischen Gesetze,“ antwortete Andrej Zwano-witsch heftig.

„Aber was soll denn das bedeuten, Onkel? Das ist ja ein brutaler Gewaltakt, der Deiner geradezu unwürdig ist. Du hast doch noch soeben selbst gesagt, daß kein Fräulein . . .“

„Was das bedeuten soll? Es soll bedeuten, daß ich die Ungezogenheit meiner Tochter nicht ungestrast hingehen lassen will. Obwohl ich lebend bin, werde ich dennoch niemals gestatten, daß man mir ins Handwerk pfuscht. Jene beiden Briefe da sind geschrieben und sollen sofort expediert werden.“

„Aber ich verhehe nicht recht,“ entgegnete Elias Petrowitsch kühl, obgleich er allmählich zu begreifen schien.

(Fortsetzung folgt)

Ausführung der Abstimmung (die Rechte in dieser Hinsicht die Rechte sehr gut beschützt) der Antrag der Kommission angenommen.

Ueber eine Petition betr. Verbote der heimlichen Warenvermittlung beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Ein Antrag Arnstadt (K.) wünscht Ueberweisung als Material.

Hör (Ztr.) und v. Graefe (K.) treten für den Antrag Arnstadt ein, zumal die Kommission im vorigen Jahre eine Petition gegen den heimlichen Warenhandel zur Berücksichtigung überwiesen habe.

Brey (SD.): Die Petition im vorigen Jahre wandte sich lediglich gegen den auf Gewinn gerichteten geheimen Warenhandel, diese dagegen will auch den von Angelegten und Arbeitern ohne Abzielung auf Gewinn betriebenen verbieten. Das wollte die Kommission nicht mitmachen.

Schulenburg (M.) tritt für den konformativen Antrag ein, da die Petition immerhin einen gefunden Kern habe.

Der Antrag Arnstadt wird abgelehnt; vor der Abstimmung über den Antrag der Kommission bezweifelt Abg. Dr. Dertel (K.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Bureau schließt sich dem Zweifel an.

Präsident Kämpf beräumt die nächste Sitzung an auf Dienstag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Petitionen.
Schluß: 3 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Wingerstreit in der Rheinpfalz. Der Wingerstreit in der Pfalz breitet sich weiter aus. Die Winger der Orte Haardt und Hambach, die in der Nähe von Neustadt a. d. Haardt liegen, haben sich dem Streik angeschlossen, nachdem auf ihre an 60 Weingutsbesitzer gerichteten Forderungen nur 5 zutreffende Antworten eingegangen waren. In Neustadt a. d. H. haben von 70 Besitzern bereits 55 die gestellten Lohnforderungen zugestanden. Die Forderungen sind: Erhöhung des Winterlohnes von 2,50 Mk. auf 3 Mk., des Sommerlohnes von 3 Mk. auf 3,50 Mk., des Herbstlohnes von 3,50 Mk. auf 4 Mk. und der Akkordpreise um rund 10 Prozent. Die Mehrzahl der Weinbergbesitzer sind Geschäftsleute, die sich neben ihrem Hauptberuf als Wirte, Kaufleute, Handwerksmeister usw. einige Morgen Weinberge gekauft haben. Diese werden von Winger tagelöhnern im Akkord oder im Tagelohn bearbeitet. Die Tagelöhner sind meist selbst noch nebenbei Eigentümer eines kleinen städtischen Weinberges und verkaufen im Herbst ihr Erzeugnis an die großen Besitzer und Händler. Während nun die Besitzer der kleineren Weinberge in Neustadt a. d. H. nahezu reglos die beschiedenen Forderungen der Winger bewilligten, gaben die wenigen großen Besitzer, meist schwerreiche Leute keine oder ablehnende Antworten und schloßen sich zu einem Unternehmerverband zusammen. Dieser bearbeitete die Öffentlichkeit durch die sogenannte unparteiliche, die liberale und die schwarze Presse und reichte in Aussicht, einen kleinen Teil der Forderungen bewilligen zu wollen. Die Winger warteten jedoch nicht ab, bis es den großen Firmen vielleicht nach Wochen gefällig sein würde, nachzugeben. Sie setzten eummütig die Arbeit ein. 45 Winger arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, 120 treten und 9 Mann arbeiten als Streikbrecher. Darunter befinden sich die sechs Mann, die der christlich-nationale Verband unter Leitung des bekannten Sehrens als Mitglieder unter den Wintern in der Pfalz aufreiben konnte. Die eigenartigen Verhältnisse, die sofort nach Einleitung der Lohnbewegung durch den Wanderversicherungsverband von dem christlichen Seineren Dittler aus Saarbrücken im Rheingebiet unternommen wurden. Bis heute ist nichts völlig erledigt. Die von ihm einberufenen Verhandlungen werden nur von Vertretern der Unternehmer und allenfalls von den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern anderer Berufs beherrscht; letztere bereiten dem schwarzen Wingerbewegungen einen Reinfall nach dem an-

dem. Der Sehrens in der deutschen Arbeiterbewegung noch etwas von Renommee zu verlieren, dann täte er gut, seinen Unglückssekretär aus der Rheinpfalz abuberufen. Bleibt dieser noch länger, dann wird der Name des christlichen Zentralverbandes" in der Pfalz zum Kinderpott. Weil der christliche Zentralverband" des Sehrens in der Pfalz nur sechs Arbeitswillige unter den Wintern als Mitglieder zählt, und aus diesem Grunde weder als Vertretung der Winger in Betracht kommen noch eine Lohnbewegung unternemen kann, heißt der christliche Sekretär gegen den Landarbeiterverband und beschuldigt diesen der Schädigung der Unternehmerinteressen, weil er den Streik nicht verhindert habe. Sehrens, sein Verbandeschef, möge ihn befehlen, daß die Geschichte des christlichen Zentralverbandes für die Forst- und Weinbergsarbeiter" begann mit dem in der gesamten deutschen Presse seinerzeit besprochenen, von Weinbergzerstörungen begleiteten christlichen Wingerstreik vom Jahre 1912 im Rheingau, in der Umgebung von Rudesheim. An dem festen Willen der Pfälzer Winger prallen sowohl die schwarzen Zersplitterungsversuche, als auch die vom naekten Profitinteresse diktierten Maßnahmen der Weinrenten und Flaschenbarone ab. Sie werden ihren Kampf um Verbesserung ihrer Lage bis zum siegreichen Ende durchkämpfen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Leutnant als Totschläger. Das Obergerichtsgericht Meß hat das Urteil in dem Prozeß gegen den Leutnant Ziegls vom Infanterieregiment Nr. 16 in Diederhofen gesprochen, der wegen Totschlags an dem Fahnenjunker Förster vom Kriegsgericht zu zehn Jahren Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere verurteilt worden war. Das Obergerichtsgericht hob das kriegsgerichtliche Urteil hinsichtlich des Strafmaßes auf und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren, Entfernung aus dem Heere und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Drei Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Im übrigen wurde die von Ziegls eingelegte Berufung verworfen. Die Urteilsbegründung erfolgte wegen militärdienstlichen Interessen in nicht-öffentlicher Sitzung.

Aus Nah und Fern.

Vor Schreck die Sprache verloren. Bei dem Bootunglück auf der Oberelbe bei Köpenick, das acht Todesopfer gefordert, hat ein Vater vor Schreck die Sprache verloren, als er seine Tochter ertrinken sah. Der 61 Jahre alte Jäger Ruginat befand sich in einem Fischerboot, das dem verunglückten Boot vorangefahren war. Als er das Ufer betreten hatte, geschah das Unglück, und er mußte zusehen, wie seine Tochter von den Fluten verschlungen wurde. Vor Aufregung und Schreck hat er die Sprache verloren und sie bis jetzt nicht wiedererlangt. Auch die Mutter der Vertrunkenen ist schwer erkrankt.

Das letzte Opfer geborgen. Gestern Abend wurde die Leiche des letzten Opfers der Köpenick-Katastrophe, Fräulein Seidbrecherin, gefunden und geborgen.

Die Schnelligkeit der Bureauratie. Ein hübsches Geschächtchen wird dem Dresdener Anzeiger aus einem westböhmischnen Bezirke berichtet. Ein Vater, der sich weigerte, sein Kind in den Religionsunterricht zu schicken, legte gegen eine Aufforderung des Bezirksrichters Rekurs ein, wobei die Sache bis an das Unterrichtsministerium ging. Vor kurzem fiel nun die Entscheidung und der Bezirksrichters wurde beauftragt, dem Vater des Kindes vorzuhalten, daß er das Kind in die Religionskunde schicken müsse. Der Bezirksrichters hat auf diesen Auftrag geantwortet, daß dies nicht mehr möglich sei, da das Kind sich inzwischen — verheiratet habe.

Unter schwerem Verdacht. Der Strafantrag gegen den Abg. Abrecht lautet auf Betrug in Höhe von zwei Millionen Mark, auf Einführung und Urfaßensfälschung.

Ein vernünftiger Beschluß. Die Stadtverordneten in Döllsch beschlossen einstimmig, den Ersten Bürgermeister für die Unterschlagungen des ver schwundenen Hauptlassenrentanten Rudloff haftbar zu machen und das Disziplinarverfahren gegen ihn zu beantragen. Die unterschlagene Summe wurde auf 175 000 Mark festgesetzt.

Freigelassen. Die in der Angelegenheit des Köpenicker Unglücks verhafteten Schiffer Valentin und Polshagen wurden gestern mittag aus der Haft entlassen.

Eine ganze Straße verschwunden. In Stavanger ver schwand eine ganze Straße mit einer Allee von großen Bäumen dadurch, daß der Binnensee Bredevana über seine Ufer trat. Die schönsten Teile der Stadt sind in Gefahr, ebenso die Eisenbahngeleise.

18 Personen ertrunken. Lloyds meldet aus Brisbane: Gestern ist der französische Dampfer „St. Paul“ auf der Fahrt nach Sidney, als er in den Hafen einließ, auf einen Riffen gestoben und gesunken. Achtzehn Personen sind ertrunken.

Vermissite Lehrer. Im Raragebiet werden drei Volksschullehrer aus Mitzschlag vermisst, die sich auf einem Ausflug befanden. Man befürchtet, daß sie in einen Schneesturm geraten und verunglückt sind. Eine Rettungsexpedition ist zur Hilfeleistung aufgebrochen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater wurde gestern als zweite Vorstellung im Zyklus heiterer Opern Mozarts „Entführung aus dem Serail“ gegeben. Die Feinheiten der Partitur dieses musikalisch reizvollen, graziosen Werkes brachte das Orchester unter der Leitung Jurtwänglers, der als Gast dirigierte, in prächtiger Weise zum Bewußtsein der Hörer. Somit hatete jedoch, trotz der Mitwirkung zweier Gäste, der Aufführung eine gewisse Nüchternheit an. Man wurde auf der Bühne und im Zuschauerraum nicht recht warm; Herr Erb, der jetzt in München erfolgreich wirkt, erwies sich wohl als ein geschmackvoller Sänger, doch ist sein Belmonte noch keine sonderlich interessante Figur. Der Konstante der Frau Pellin mangelte die innere Empfindung, ohne welche auch eine gute gefangene Leistung kalt läßt. Darstellung muß sich Frau Pellin noch sehr entwickeln, wenn sie sich auf der Bühne eine Position schaffen will. Mit Schalkhaftigkeit und Humor verkörperte Frau Vogel-Maß und Herr Lange das Pächten Blonde und Pedrillo. Die fesselhafte Gestalt der Oper ist der Osmin, der von Herrn J. Laichner von der Neuen Oper in Hamburg mit grotesker Komik und wenn auch nicht sehr großer, so doch sympathischen Stimmitteln gegeben wurde. Herr Vener hatte die Oper recht hübsch inszeniert. Am Schluß wurden selbstverständlich in erster Linie die Herren Erb und Jurtwängler mit endlosen Hervorrufen bedacht.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Samstag, den 29. März, nachm.: „Der Registrator auf Reisen.“ Pöffe mit Gesang von V. Arronq. — Abends: „Martha.“ Oper von J. v. Flotow. — Sonntag, 30. März: „Der schwarze Domino.“ Kom. Oper von Auber. — Dienstag, den 31. März: „Der Nevisor.“ Lustspiel von Gogol. — Mittwoch, den 1. April: „Die spanische Fliege.“ Schwank von Arnold und Bach. — Donnerstag, den 2. April: „Der Wildschütz.“ Komische Oper von Loising. — Freitag, den 3. April: „Die von Wildberg.“ Tragödie von Friz v. Breiten. — Sonnabend, den 4. April: „Tristan und Isolde“ von Richard Wagner.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Im Donnerstags nachmittags 5 Uhr, nach kurzer Krankheit plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater (2427)

Heinrich Steinfatt

im 77. Lebensjahre.
Dies betrauert von seinen Kindern.
Beerdigung Montag nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Verwerker Friedhof aus.

Sozialdemokratischer Verein

Am Donnerstags verstarb unser Geneß (2428)

Carl Schmidt,

Marktstraße 25.
Wird seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Montag, vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers (Burgtor) aus. Die Mitarbeiter danken für die 5 1/2 Uhr im Details „Ankündigung“.

Der Vorstand.
Für die Beerdigung unseres lieben Verstorbenen bewiesene Teilnahme danken herzlich
Familie
J. Burmeister.
Jüngeres Tagemädchen für Feuerbestattung und Baden zum 1. Mai (2429)
Gr. G. Speditionsstr. 11.
Eine Frau geht für den morgigen Tag. Zu müssen nach 5 Uhr abends.
Schützenstraße 45, I.
Gesucht zu täglich e. jung. ord. leid. unber. Mann, 20-30 J., b. Browweg, der mit Pforten umgekehrt weiß, ohne f. t. Woch. a. Pr. G. Jung. ord.
Zu sehen zw. 11 u. 1 u. abends zwischen 7 und 8. Langer Seiberg 19.



Ersklassig „Unsere Marine“ Beste 2 Cigarette

Gesucht zu Ostern oder später
2 Schmiede - Lehrlinge
gegen Vergütung u. außer d. Hauks.
Johs. Brinckmann,
Lachswehr-Allee 1a.

Gesucht zu Ostern ein
Schneiderlehrling.
H. Lademann, Köhler G. Titzen

Suche Nebenbeschäftigung irgend welcher Art, Verteilen von Druck- u. Kellamerarbeiten. Ang. u. O. D an die Exped. d. Bl. (2405)

Gef. zu täglich od. 1 April
jg. ordentl. Knecht
im Alter von 18-21 Jahr, der mit Werken umgehen kann, beim Brauereiwesen. Guter Wochenlohn, gute Zeugnisse erwünscht. Zu melden von 11-1 Uhr. (2441) Og. Lehberg 49.

Möbliertes Zimmer
mit Zentralheizung, elektr. Licht und Badestube. Morgens Kaffee und abends Tee. Preis monatlich 20 Mk. Hausstr. 160, Romanensiedlung, 2. Etg. (2426)

Uhren- und Goldwaren
billigst, unter Garantie bei

Th. Seidel, Marienstraße 5.
Möbliertes Zimmer zu vermieten. (2421) Sadowalkstraße 23.
1 freundliches Zimmer für 1-2 jg. Leute, gute Aussicht (2460) Wallenigwauer 1. I. rechts.
Zu verm. freundlich möbliertes Zimmer für 2 junge Leute. (2396) Altendammstr. 17. I.
Zum 1. Juli gr. 3-Zimmerwohn., 2. Etg., 2 Bad., Leuchte u. Kochgas, Radelfläche, 250 Mk. (2413) Trandlmannstraße 23, part.
Zum 1. April eine 2-Stunden-wohn. an e. Pers. z. verm. (2399) Schwartz, Lübeckstr. 32.
Ein junges Mädchen sucht leeres Zimmer. Ang. u. Pr. u. M J an die Exped. d. Bl. (2434)
Gef. m. e. erw. Lecht. such. zum 1. Juli frendl. 3-Zimmerwohnung vorn Hofk. Ang. m. Fr. unter B 2 8 an die Exped. d. Bl. (2402)
Zum 1. Juli 3-Zimmerwohnung get., Nähe Rosklinger Allee. Ang. bis 31. März unter M C an die Exped. d. Blatte. (2405)
Unterhaltene Kommode billig zu verkaufen. (2411) Püggw. 31.

Sportwagen mit Gummi, Spiel-, Kinderbestelle mit Matratze, Wasch- tisch billig zu verkaufen. (2403) Gundestr. 7, pt.

Klappsportwagen auf Gummi von 9 Mk. an empfiehlt H. Maab, Brockesstr. 23, Ecke Warenbornstr.

Zu verkaufen ein neuer Herren- Zylinderhut, mittlere Größe, guterb., blaues Kleid, Damenstiefel, Gr. 40, für Konfirmandin. Zu bef. nachm. (2367) Krähenstraße 32, I.

Ein guterhalt. zerlegbarer Sport- wagen zu verkaufen. (2416) Schwartz, Kattenhof 14.

Zu verk. eine fast neue Marfise, Größe 2,07 m. Belckstr. 31. (2433)

1 Jr. Magnum-bonum, 2 Mk. frühe Rosenkaffee, 2 3 Pfg. (2432) Friedestr. 24, I.

Schuhmachermaschine (Einger), gut nähend, für 30 Mk. zu verk. (2434) Stitenstraße 17. I.

Kanariendecke in vollem Betrad, Kan.-Fähne, vorzgl. Tage u. Nacht, Gedebauer, Lehrgel, Edelrollet, billig weg. Aufgabe der Decke. (2436) Engelstraße 15. I.

Ein g. Sommerüberzieher, g. Figur, Mk. 9, große Bohne 2 Pfg. 15 Pfg. Augustenstr. 18a, I. (2401)

Heute Spezialität:
Bayrische Leberknödel
mit Kraut und Bouillon, so
lange Vorrat à 50 Pfennig.
Ausschank v. ff. Hansa-Tafel-Bier
und das so beliebte Halb u. Halb.
Rest. „Deutsche Eiche“
Schlumacherstraße 14.
Besitzer: Joseph Fischbacher.

Große Tanzmusik
am Sonntag, d. 29. März.
Hierzu ladet ein (2417)
E. Dettmann,
Gr. Barin.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Konzerthaus Flora.
Am Sonnabend, dem 4. April
Grosses Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. Max Siems. (2448)

Waisen-Hof Sonnabend und Sonntag:
Tanz.
Konzerthaus Fünfhausen.
Sonntag: Großes Tanz-Kränzchen.
Dienstag: Tanzkränzchen. (2459)

Hansa-Halle. Jeden Sonntag:
Tanz.

**Treff-
Konzerthaus „Flora“.**
Heute Sonntag: **Großes Tanzkränzchen.**
Anfang 4 Uhr. Max Siems. (2445)

Nur im Biophon

bis einschl. Montag, d. 30./3. 14:
Grosses Schlager-Programm.
„Zum Paradies der Damen“
Gr. Komödie in 3 Akten.
In der Hauptrolle Hanni Weibe, d. ber. Schauspielerin aus d. Tangofieber
„Die Landkur“
Gr. Komödie in 3 Akten.
Die beiden hervorragenden Schlager sind das Beste was die Kinematographie bis jetzt herausgebracht hat. Wahre Lachsaßen erschallen. Zwergfellerschüttelnde Szenen folgen auf Szenen; außerdem kommen wie immer spannende Dramen und weitere Neuheiten zur Vorführung. Es wird höchlichst gebeten die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen. (2465)
Sonntag: **Große Kindervorstellung von 1 1/2—4 Uhr.**

Friedrich-Franz-Halle.
Sonnabend und Sonntag:
Tanzkränzchen Eintritt frei. (2472)

Gasthof zum Riesebusch
Schwartau.
Sonntag, den 29. März:
Gr. Tanzmusik.
Hierzu ladet freundl. ein (2421)
Gotth. Strunck.

Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf u. Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 31. März 1914
abends 8 1/2 Uhr
bei **F. L. Paetau.**
Da mehrere wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand. (2424)

Wir sind stets darauf bedacht, **sehr billig** zu bedienen.
Beachten Sie unsere Fenster!
Dann werden Sie herausfinden, daß Sie sich bei uns schon für billiges Geld gut und elegant kleiden können. In der Preisliste von 20 bis 30 Mark bieten wir Ihnen eine große Auswahl **Kostüme.**
Konfirmanden-Kostüme
bringen wir in guten Stoffen sehr billig. (2452)
Besuchen Sie uns bitte, wir werden Sie gut und billig bedienen.
Hindrichs & Co., Lübeck, Johannisstr. 1 Spezial-Geschäft für Damen-Konfektion.

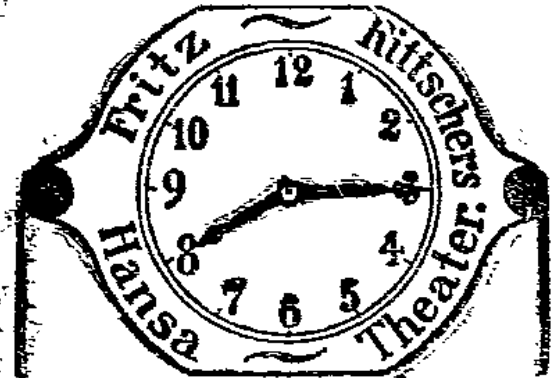
TONHALLE
! Die Frau aus dem Volke !
Soziales Drama in 4 Akten. (2457)
Muß sich jeder unbedingt ansehen.
Das Telephon als Ankläger.
3 Akte.
Max als Tangolehrer??

Lichtspiele — Bad Schwartau.
„Hiawatha“
Großes sensationelles Drama in 5 Akten. Im 3. Akt: (2449)
Der Vampirtanz

Tonhalle.
Sonntag, von 2—5 Uhr für Kinder:
Prinz der Liliputaner mit den Riesen.
3-Akter. (2455)

Gewerkschaften Lübecks.
Sonntag, den 29. März 1914 im Gewerkschaftshaus:
Groß. Frühlingsball.
U. a.:

Ein Frühlingsfest in Blütenpracht
Herrliche Dekoration. — Prachtvolle Lauben.
Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Preis der Karte für einen Herrn nebst Dame 30 Pfg.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Kartellkommission. (2454)



Nur noch Sonntag, den 29. März, abds. 8 Uhr:
Das Liebes-Sanatorium.
Burléske Operette von Rudolph Bâron.
mit neuen Gesangseinlagen von Herrn Charly Wittong als Gast.
Nachmittags 4 Uhr: Auf vielseitiges Verlangen.
Unwiderruflich zum letzten Male!
Mein Hamburg, da lacht das Herz
Abschiedsvorstellung der beiden Partner Herren
Charly Wittong und Willi Martin.
Mit voller Besetzung des Rudolph-Bâron-Ensembles.
Kassenöffnung 11 Uhr. (2126)

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
(2854) Bernh. Boldt.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Mittwoch, den 1. April:
Extra-Familien-Ball.

Adlershorst.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen

2429 Anstich von
Märzenbock.
Restaurant z. Stadttheater
Fischergrube 24
H. Grevesmühl.

Schlutup.
Gasthof
„Zum weißen Schwan“
Inh. K. Böge. (954)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Waldschlößchen
Bad Schwartau.
Sonntag, 29. März: (2444)
Großes Künstler-Konzert.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Konzerthaus
Zauberflöte
Neue Sittler Kapelle:
D' lustigen
Obersteyrer
4 Damen 3 Herren
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag Anfang 4 Uhr.
(2396) Ludwig Kock.

Kalberg's Etablissement
Fledermaus
Varieté — Kabarett
Sonnabend — Sonntag
Montag — Dienstag
Nur 4 Tage!
Gastspiel des

Kalberg-Ensemble
Vornehme Schauspielkräfte
10 erstklassige Solisten.
Sonnabend:
Das Mädchen aus Schwartau.
Sonntag:
So sind die Menschen.
Beginn 8 1/4 Uhr.
Sonnabends: 20 Pfg.
Sonntags: 30 Pfg. (2422)

Neues Stadttheater
Sonnabend, den 28. März 1914:
164. B. i. B. u. M. Außer Sonnab. u. M.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Lustspiel-Zyklus (VI. Tag):
Minna v. Barnhelm.
Lustspiel von Lessing.
Mittelspreise.
Schülerarten haben Günstigkeit.
Sonntag, den 29. März 1914:
Nachm. 3 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.
Volksvorstellung.

Der Registrator auf Reisen.
Große Posse mit Gesang in 3 Akten
von H. Perronne und G. v. Meyer.
Jeder Platz 75 Pfg.
Verlofung der Nische Freitag und
Sonnabend von 8 1/2—9 1/2 Uhr an
der Theaterkasse.
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
165. B. i. B. u. M. Erhöhte Preise.
Gastspiel von Karl Erb
und der K. K. Hofopernsängerin
Hedwig Francillo-Kaufmann.

Martha.
Oper von Fr. v. Flotow.
Erhöhte Preise.
Montag, den 30. März 1914:
166. B. i. B. u. M. 28. B. i. M. Montag-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Zyklus heiterer Opern:
III. Abend:
Der schwarze Domino.
Komische Oper von Aubert.
(2395) Große Preise.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

desinfiziert auch
Krankenwäsche
Säuglingswäsche
Wollwäsche

Persil

für jede Art von Wäsche
das beste im Gebrauch billigste
selbsttätige Waschmittel!

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

schon!
Spitzenwäsche
Weisswäsche
Kinderwäsche



Berufskleidung

für jeden Stand.

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Maurer-Hosen und -Blusen
Maler-Kittel und -Hosen
Schlosser-Hosen u. -Jacken
Schriftsetzer- u. Mech.-Kittel
Schlächter-Kittel u. -Jacken
Koch-Jacken und -Hosen
Konditor-Jacken- u. -Mützen
Friseur-Mäntel und -Jacken
Kellner-Garderobe
etc. etc.

Spille & v. Lühmann

Größtes Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Kleidung.

Zentral-Beerdigungs-Institut A. Brodersen

Fernruf 1090. Obere Aegidienstr. 7. Fernruf 1090.
Übernahme von Erd- u. Feuer-Bestattung. Überfuhr von und nach
auswärts. Eigenes Fuhrwerk. Transport- u. Leichenwagen. (916)

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
empfiehlt

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Molkerei Rensefeld

Inh.: Paul Rickert
empfiehlt

gereinigte Vollmilch
und Butter
— in ff. Qualität —

Magerkäse p. Pfd. 30⁴

Prachtvolle Garniturenstatt
290 Mk. nur
165 Mk., Plüschgarnituren 85 Mk.,
1 Sofa, 2 gr. Herrenstühle, 4 Rücken-
polsterstühle 130 Mk., Spiegel 14 Mk.,
gr. Trumeaus 35 Mk., Buffets 125
Mk., Schreibtisch 65 Mk., Vertiko,
reich geschm. 55 Mk., Salon- u. Aus-
ziehtische 18 Mk., engl. Schlafstul-
len von 138 Mk., Speisestühle
u. Ledertühlen v. 250 Mk. an, Sofas
u. 45 Mk., Küchenschranke m. Aufz.
25 Mk. Filiale Wahrenstr. 83,
Jah. Bachm. m. a. Ket., zahlr. Dank-
anerkenn. Schr. f. reelle Bed. (1885)

Willy Koch
Zahntechniker
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Restaurant. ff. gepflegte Biere.
ff. Mittagstisch a 65 Pfg. Diners a 1 Mk. und höher.
Reichhaltige Speisekarte zu jeder Tageszeit.
C. Kluth, Vertr.

Große frische hiesige

Eier

aus eigenen Sammelstellen

Stück 7⁴

Allerfeinste Meierei-

Tafel-Butter

mit höchster Auszeichnung

Pfund 1.40⁴

Anerkannt hochfeine Margarine-Qualitäten
bei konkurrenzlos billigster Preisstellung.

Freitag, Sonnabend und Sonntag (2823)
erhält jeder bei Einkauf von 1 7/8 Butter, Margarine od. Schmalz

Gratis 1 elegantes Sammelalbum Gratis

für meine interessanten und lehrreichen Reklamemarken.

Ohlsens - Buttergeschäft

Huxstraße 30 Lübeck Huxstraße 30.
Eutin, Peterstr. 11. Bad Oldesloe, Hude 6.

Herrenhüte

schwarze steife von 3 Mk. an,
weiche schwarz und farbig, sehr große Auswahl in
Farben. Billigste Preise.

Zylinder- und Klapphüte,
blaue Mützen, Sportmützen für Herren u. Knaben.

Konfirmandenhüte
empfiehlt (2458)

Eduard Hirsekorn Sandstraße 20.
Rote Rabattmarken.

Kinderwagen

zusammenklappbare Sportwagen

auf Teilzahlung

wöchentlich 1 Mk.

Siegfried Ittmann
Breite Strasse 33, 1. Etage.

Koks
Kohlen
Briketts
Lieferung direkt frei Haus
Hans Lübeck
Kohlenhandlung
Bredestr. 32 A. Fernruf 2878.
Bei Bedarf ab Lager
ermässigte Preise.

Hypotheken
:: Wechsel ::
:: Waren ::
und sonstige Wertobjekte kauft
und belehnt 1407
Grundmann,
Lübeck, Börsenhof.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 27. März 1914.

Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1914.
8. Tag.

Anfang 8 Uhr 30 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Stellung auf den gestrigen Angriff von Prof. Reuter über die Gewerkschaften eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Behörde für Travemünde.

H. Schenck unterstützt die geistige Anrede Grünau, welche die Behörden im Travemünder Hafen anzubringen.

Grünau erkennt an, daß die Behörde für Travemünde Gutes geleistet habe; wenn es nicht immer gelungen sei, so liege das an andern Umständen. An der Grund- und Gebäudesteuer sollte man nicht schon wieder rütteln. Entlasten müsse man Travemünde von Abgaben, die anderwärts nicht vorhanden seien. Die Errichtung der Flugzeugwerke erfordert das Herstellen von Arbeiterwohnungen, die schon heute in Travemünde sehr knapp seien. Die Propaganda für ein Ozeanarium sei sehr anerkennenswert, ein solches Museum würde nicht nur Schulmänner zum Besuch Travemünder anlocken, sondern es würde auch der Fischerei zugute kommen. Die Behörde sollte die Sache im Auge behalten.

Schettler begrüßt die endliche Renovierung des Lübecker Rathauses. Die Malerei passe jedoch nicht an die Außenseite. Zu bebauen sei auch, daß die Proben von einem Auswärtigen gemacht und das Lübecker Kunstgewerbe zurückgedrängt worden sei. Die kleinen Preise anzufertigen habe 2800 Mark gekostet. Den Verdienst habe der Berliner eingestekt.

Senator Dr. Stoss: Was irgendwie in Lübeck hergestellt werden kann, geschieht.

Börs tritt für Arbeiterwohnungsplätze in Travemünde ein, die dem Staat so gut wie nichts kosteten. Bei der Errichtung des Fischhafens sei das Bauamt doch nicht besonders gut beraten gewesen. Das Ozeanarium sollte man vorläufig in der Verfertigung verschwinden lassen.

Scharff bringt einige Moniten in der Rechnungsaufstellung vor. Durch die jegige Art werde ein falsches Bild gegeben.

Durch diesen Einwand wird eine längere Debatte ausgedehnt, an der sich der Senat, Fenne, G. Reimpell und Scharff beteiligen. Der Senator erklärt dabei, daß die Neugestaltung des Budgets im nächsten Jahre zu erwarten sei. Dabei werde man nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren.

Allgem. Krankenhaus.

Hansen gibt Auskunft über die Kommissionsverhandlungen, die sich mit der Errichtung der Fernheizung für die Erweiterungsbauten beschäftigte, und deren Herstellung 88 300 Mk. kosten würde. Statt der erwarteten jährlichen Kosten von 8 900 Mk. würden diese 16 800 Mk. betragen. Die Kommission sei sich von vornherein einig gewesen, daß in einem modernen Krankenhaus Ofenheizung nicht mehr angängig sei, gleichfalls sei sie aber auch überzeugt, daß man die vorhandenen noch gut erhaltenen Ofen nicht auf den Schutthaufen abführen könne. Die Mehrheit der Kommission kann sich nicht dafür erwärmen in einem alten Gebäude solche Neuerungen zu treffen.

Senator Straß: Die Kommission hat selbst zugegeben, daß die Dampfheizung billiger ist. Daß eine Privatklinik zu erbauen beabsichtigt ist, kann uns nicht davon abhalten, eine veraltete Einrichtung abzuschaffen. Unter diesen alten Zuständen leiden die Kranken und das können wir nicht länger mit ansehen. Jetzt wird an diesen Gebäuden ein großer Umbau ausgeführt, dann soll auch gleich ganze Arbeit gemacht werden. Später würde es viel mehr kosten. Eine Zentralheizung verdient in jeder Beziehung im Interesse der Kranken den Vorzug.

Börs: Von der Kommission wird nach allen Seiten hin Prüfung verlangt, und das Resultat ist die vorläufige Ablehnung der Vorlage. Nun können Sie ja machen was Sie wollen. Die Klagen seien erst aus neuerer Zeit eingelaufen, früher habe man davon nichts gehört. Bei einer Besichtigung habe er (Redner) von einem Kranken im Weissen der Herren der Krankenhausbehörde Bescheid erhalten, daß eine Störung durch die jegige Heizungsort nicht vorliege. Durch diese Antwort seien die Herren daß gewesen.

Senator Straß betont, daß Klagen dauernd eintreffen. Die Dampfheizung gewähre in jeder Beziehung Vorteile.

Dr. Wehke: Die Minderheit der Kommission tritt für die Zentralheizung ein. Nehmen Sie die Senatsvorlage an. Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Summe von 88 300 Mk. wird ins Budget eingestellt.

Eingeführt wird ein Antrag, der Aktiengesellschaft Siemens das Enteignungsrecht zu verleihe.

Hent (Bültwisch) hätte erwartet, daß eine Vorlage gekommen wäre, die den Lübecker Landwirten die Vorteile der elektrischen Energie gewährleistet haben würde, dann wäre diese Vorlage unnötig gewesen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Schulen.

Mantau erinnert an den Antrag auf Einführung der Schulzahnpflege, den die Bürgerschaft vor 2 Jahren angenommen hat. Redner hofft, daß bald eine Vorlage kommt.

Senator Kulenkamp: Die Frage dreht sich noch darum, ob eine Zahnklinik eingerichtet oder ob ein Vertrag mit den Zahnärzten abgeschlossen werden soll. Vorerst soll an einer größeren Volksschule ein Versuch gemacht werden.

Dr. Schlomer: Wir freuen uns, wenn die Schulzahnpflege eingeführt wird. Vielleicht läßt sich jetzt auch Herr Dr. Ziehl erweichen und stimmt dafür. Es hat allerdings etwas lange gedauert, wie ja überhaupt im Schulwesen alles langsam fortschreitet, vielleicht deswegen, weil nicht alles, was vom Senat beabsichtigt ist, glatt durchgeht. Ich möchte mich auch danach erkundigen, wie es mit der Reorganisation der Oberschulbehörde vor sich geht. Wir halten diese für unbedingt nötig, um die angekündigten Reformen durchzuführen zu können. Die Erweiterung der Oberschulbehörde begrüßen wir, wenn wir auch nicht immer mit den Vor schlägen des Senates einverstanden sind. Vor allem nicht in der Oberschulbehörde die Stetigkeit, was ja auch

bei der Trennung der Oberrealklassen vom Johanneum bewiesen ist. Es ist mir gesagt worden, daß diese Unstetigkeit in der Zusammenfassung zu suchen ist. Die Herren sollen nur für ihre Anstalten Interesse haben. Die Bürgerschaft kann verlangen, daß diese Herren die Fragen vom Gesichtspunkt des gesamten Schulwesens aus betrachten und nicht nur die Verwirklichung ihrer Wünsche erstreben. In der Oberschulbehörde sollen sich sogar verschiedene Parteien gebildet haben. Um eine Stetigkeit zu erzielen, muß der Finger in diese Wunde hineingelegt werden. Vielleicht rührt es auch daher, daß man in der Auswahl der bürgerlichen Deputierten nicht immer die rechten Männer wählt. Daß Eltern von Volksschulkindern hinetreten, dagegen wehrt sich Senat wie Bürgerausschuß. Diese würden den verschiedenen Strömungen in der Oberschulbehörde entgegengetreten. Die Stagnation im Schulwesen ist zu verurteilen, weil darunter am meisten die Volksschule zu leiden hat. Alles dreht sich nur um das höhere Schulwesen. Die Neugestaltung des Lehrplans ist versprochen worden, und 1910 erwähnte auch der Schulrat die Reorganisation des Kinderports und der Fortbildungsschule. Der Reorganisation muß endlich näher getreten werden. Mit einem Schulkonvent, in dem die Lehrerschaft vertreten ist, würde die Oberschulbehörde auch besser beraten werden als durch die Direktoren der einzelnen Anstalten.

Senator Kulenkamp: Die Oberschulbehörde ist mit Arbeiten kolossal überlastet gewesen. Es wird sehr viel in dieser Behörde gearbeitet. Doch kann man die wichtigsten Fragen nicht übers Knie brechen. Ganz zu befechten ist das Vorhandensein von Parteien und zurückzuweisen der Vorwurf, daß die Direktoren nur Einzelinteressen vertreten.

Prof. Reuter fragt, ob bis zum Beginn des neuen Schuljahres die Entscheidung fällt, was aus der Ernestinen-Schule werden soll: eine Studienanstalt oder ob das Oberlyceum beibehalten werden soll.

Dr. Ziehl: Der Bericht der Kommission ist im Druck.

Stellung erwähnt die seit einiger Zeit stattfindenden sogenannten Elternabende, gegen die man schließlich nichts einwenden könnte, wenn sie auf einer anderen Grundlage geschehen würden. Für das jegliche Eintrittsgeld von 50 Btg. werde nicht viel oder so gut wie nichts geboten, häufig seien die Darbietungen derart, daß man sich wundern müsse, wie man da noch Eintrittsgeld erheben könne. Redner fragt, was mit dem Überschuß dieser Abende und mit demjenigen aus den Theateraufführungen gemacht wird. Diese letzteren seien sehr erfreulich, doch würden mitunter auf den Raum von 2 Plätzen 3 Kinder gesetzt, woraus der Überschuß erzielt werde. Der Überschuß aus den Elternabenden wäre sehr zweckmäßig für die Auffrischung der Schülerbibliotheken anzuwenden, die z. B. in der Ersten Knabenmittelschule teilweise in berätig schauerhaftem Zustand sich befinde, daß man die Bücher gar nicht anfassen könne. Einzelne Bücher sind in direkt ekelhaftem Zustand.

Dr. Langenheimer erkennt die Filialen der Mittelschulen als einen Uebelstand an, der um so unangenehmer wirke als die Schulkäume in diesen Filialen der Hygiene gar nicht entsprechen. Der Turnunterricht werde auch noch an verschiedenen Stellen in der Stadt verteilt, wodurch die Uebersicht der Leitung erschwert und der Betrieb verteuert werde.

Senator Kulenkamp: Aus den Ueberschüssen der Elternabende wurde einmal in der 1. Knabenmittelschule ein Flügel angeschafft, für Bibliothekszwecke wurden sie nicht verwandt. Ob die Bibliothek in dem schlechten Zustand ist, wie angeführt wurde, ist mir unbekannt. Aus den Theateraufführungen wurde kein Ueberschuß erzielt.

Schulmerich: Im Theater wird jedem Kind ein Platz zur Verfügung gestellt; im allgemeinen war keine Ueberschüttung vorhanden. Es kann sich höchstens um einen Ausnahmefall handeln.

Joh. Reimpell ist nicht ohne weiteres für Schulbauten. Unsere Mittelschulen gehörten in Deutschland zu den größten hinsichtlich der Schülerzahl. Im Johanneum habe man die Zahl der Schüler verringert, dieses Prinzip müsse auch auf die Volks- und Mittelschulen ausgedehnt werden.

Dr. Ziehl betont, der Zustand der Ersten Knabenmittelschule sei unhaltbar gewesen. Da die Schule in den untersten Klassen 5-, 4- und 3fachen Zug angewiesen habe, sei die Leitung der Schule notwendig geworden. Die Schule in der Glogengießerstraße sei die unglücklichste, die es in der Anlage geben könne.

Börs glaubt, daß sich eine Abschwächung im Besuch der Mittelschulen bemerkbar mache. Die Oberschulbehörde sollte den Mittelschulen mehr Aufmerksamkeit schenken, da das Wissen eines erfolgreichen Mittelschülers dem eines Realschülers fast gleichkomme.

Senator Kulenkamp rechnet mit einem Anwachsen der Schülerzahl in der dritten Mittelschule. Die Oberschulbehörde schenke den Mittelschulen volle Aufmerksamkeit, doch sei sehr zu bezweifeln, daß das Wissen eines Mittelschülers dem der Realschüler gleichkomme.

Hoff: Es herrscht vielfach Klage darüber, daß in den Volksschulen ganz barbarisch gehandelt wird. Einzelne Knaben wurden so hergenommen, daß Gesicht und Oberkörper eine einzige blutunterlaufene Fläche aufwiesen. Vielleicht ist einmal eine gelinde Bestrafung nicht zu umgehen, aber derartige Mißhandlungen überschreiten denn doch das Maß eines gebildeten Volksschullehrers. Die Schule in der Fadenburger Allee ist hierbei hervorzuheben. Sache der Oberschulbehörde ist es, dahin zu wirken, daß solche Sachen nicht mehr vorkommen. Der Senat muß ein dahingehendes Rundschreiben erlassen. Besonders wünschen möchte ich jedoch, daß das Schlagen möglichst zu unterbleiben hat.

Senator Kulenkamp: Die Oberschulbehörde billigt ein solches Schlagen durchaus nicht. Fälle von Mißhandlungen kommen nicht zu unserer Kenntnis.

Joh. Reimpell fragt, ob der neue Spielplatz am Buniamshof dieses Jahr noch eröffnet wird.

Senator Kulenkamp glaubt kaum, daß er dieses Jahr so weit kommt.

Dr. Schlomer fragt, wo man sich um die Benutzung des Platzes zu erkundigen hat.

Senator Kulenkamp: Bei der Oberschulbehörde. Henge: In der Gewerbeschule scheint man eine eigene Auffassung von der Behandlung der Schüler zu haben. Das erste beim Schulantritt zu Ostern ist der Hinweis auf die Strafbestimmungen. Beim Zutritt kommen werden zuerst Erklärungen beim Lehrherrn eingelesen und dann beim Schulbus den Lehrtrags wird bei der Polizei Anzeige erstattet. Ich hoffe, daß es bei der Drohung bleibt und nicht Lehrlinge, denen einmal ein Versehen unterläuft, gleich polizeilich bestraft werden. Dann ist es auch vorgekommen, daß die Gewerbeschüler aussetzen mußten, weil kein Lehrer vorhanden war. Man soll die Zahl der Fachlehrer reduziert haben. Wel-

ter wäre zu bemängeln, daß einige Lehrer noch mit dem Stod drohen. Es ist doch nicht angängig, daß Gewerbe- und Fortbildungsschüler, die ins wirtschaftliche Leben treten, noch mit Schlägen traktiert werden. Das lassen sich 18jährige Leute nicht mehr gefallen und führt zu regelrechten Keilereten zwischen Lehrern und Schülern. Wenn junge Leute, die gewohnt sind, sich auszuarbeiten, bei der langen Schulschicht von 2-8 Uhr mit einer nur vierstündigen Pause einmal einschlafen, so ist es leicht zu verstehen. Ich möchte die Oberschulbehörde eruchen, diesen Mißständen einmal nachzusehen. Auf alle Fälle ist es keine Art und Weise, die Gewerbeschüler mit dem Stod erzühen zu wollen.

Schettler hält eine straffe Organisation in der Gewerbeschule für notwendig. Eine andere Methode im Strafverfahren, als die Lehrlinge heranzuziehen, gebe es nicht. Vielfach handle es sich um junge Leute, die man streng anlassen müsse.

Senator Kulenkamp fordert Nennung von Namen und Erhebung der Beschwerde bei der Oberschulbehörde. Mit bloßen Andeutungen in der Bürgerschaft sei es nicht getan.

Henge: Mit polizeilichen Bestrafungen braucht nicht gleich gedroht zu werden. Ich habe selbst vier Jahre eine solche Schule besucht und ich kann mir nicht denken, daß in Lübeck die Lehrlinge anders geartet sein sollen als in schleswig-holsteinischen Städten. Wir wurden gleich mit „Sie“ ange-redet, während hier noch das „Du“ herrscht. Die hier beliebte Haltung ist nicht richtig. Wir werden uns in Zukunft an die richtige Adresse wenden.

Glasjan bebauert, daß man der Gewerbeschule mehr und mehr die Fachlehrer entzieht. Er erjucht, mehr solche Lehrer anzustellen.

Hesse hält die Räume in der kaufmännischen Fortbildungsschule für unzureichend.

Hug. Pape fragt, wie es mit der Maschinenerschule stehe.

Dräger: Die Kommission hat bereits 7 Sitzungen abgehalten, es wird in der nächsten Woche die Schlußsitzung stattfinden und der Bericht folgen.

Oberversicherungsamt.

Bei dieser Position, die von einer Seite zu streichen beantragt wird, gibt es eine Auseinandersetzung zwischen Joh. Reimpell und dem Wortführer, der sich eine Einmischung in seine Leitung energig verweigert. Joh. Reimpell machte auf den Widerspruch aufmerksam, der jetzt durch die getrigge Debatte und Abstimmung über die Zurückbehaltung der Kosten des Polizeiamtes bei der Radfahrabgabe entstanden ist. Der Schluß läuft in einer höflichen Entschuldigung Reimpells dem Wortführer gegenüber aus.

Senat und Bürgerschaft.

G. Ehlers: Vor längerer Zeit hat die Bürgerschaft fast einstimmig unsern Antrag angenommen, daß die Wahlen zu dieser Körperschaft in einem besonderen Raum mit amtlich abgestempeltem Kuvert vorgenommen werden sollen. Der Senat hat nichts gegen diesen Antrag geäußert, weshalb wir annehmen, daß er mit diesem Antrag einverstanden war und ihm bei der letzten Wahl Rechnung tragen würde. Von uns ist dieser Antrag zur Sicherung des Wahlgeheimnisses gestellt worden, damit so verfahren wird, wie es zu den Reichstagswahlen seit Jahren geschieht. Wenn wir die Wahl so vornehmen, wird kein Mensch etwas dagegen sagen können. Wie notwendig diese Sicherung ist, beweisen 4 Stimmzettel, die ich hier habe und die sich in Größe, Farbe und Dicke des Papiers unterscheiden. Für den Wahlvorsteher auf dem Lande ist es ein leichtes daraus zu ersehen, welchem Kandidaten die Stimmen gegeben wird. In allen Staaten wird das Wahlgeheimnis gesichert, und auch bei uns muß darauf gedrungen werden, daß die Wahl eine geheime und gesicherte ist. Auf dem Lande ist dies um so notwendiger, weil da unter den paar Wählern der Vorsteher jeden kennt. Wir erjuchen den Senat um Darlegung der Gründe, warum er dem Bürgerchaftsbeschuß nicht gefolgt ist und erwarten dessen Durchführung bei den kommenden Wahlen. Die Wahlzeit auf dem Lande ist zu kurz bemessen, bis mittags können die Wähler beim besten Willen nicht zur Wahl kommen. Weit besser wäre es, die Wahlzeit von mittags 12 bis abends auszudehnen, statt wie bisher von 10-2 Uhr, um so mehr, da die Wahlbezirke und Wahllokale nur in beschränkter Zahl vorhanden sind und naturgemäß nur sein können. Gerade deshalb muß den Wählern bessere Gelegenheit geboten werden, ihr Recht auszuüben. Man darf nicht vergessen, daß in den Landbezirken und Eingemeindungen heute viele Industriearbeiter wohnen, es ist lange nicht mehr so wie vor 20-25 Jahren. Hoffentlich wird diesen Wünschen Rechnung getragen. Weiter will ich noch anführen, daß wir den um 10 000 Mark erhöhten Ehrengaben des Senats nicht zustimmen. Wir erhalten auch niemals eine Abrechnung über die Verwendung des Geldes. Der Senat hat vor 2 Jahren erklärt, daß es nur zu nützlichem Zwecke ausgegeben werde. Das mag zum Teil zutreffen, es wird aber auch für viele zwecklose Sachen verwandt, zugunsten von Korporationen usw. Die Steuergrößen können denn doch zu besseren Zwecken verwandt werden.

Senator Dr. Zehling kann jetzt nicht feststellen, ob feinerzeit ein Dekret über den angebotenen Bürgerchaftsbeschuß erfolgt ist. In der nächsten Sitzung werde er Mitteilung machen. Die ganze Angelegenheit sollte im Bürgerausschuß einmal behandelt werden. Seit 1848 habe die Bürgerschaft niemals eine Abrechnung über die Ehrengaben verlangt. Das sei eine sehr vernünftige Handlungsweise, die von Betrauen zeuge.

Hug. Pape erjucht, den 28-Mark-Bürgern das volle Wahlrecht zu gewähren.

Rähler wünscht die Stimmzettelschablone bei den Bürgerchaftswahlen in nur einer Urne. (Ziele: Auch in einer Klasse!) Die Auslese beider Wählerklassen könnte ja bei Säufz der Wahlhandlung erfolgen.

Röfzer erjucht um Anlegung eines Sachregisters für die lübischen Verordnungen.

Senator Dr. Zehling: Die Arbeit ist bereits in Angriff genommen. Eine zu große Ausführlichkeit würde den Zweck unterbinden.

Afers weist auf das billigere Angebot einer Verlagsanstalt hin, wogegen die Senatsdrucksachen um 10 000 Mark billiger hergestellt werden könnten. Wenn dies der Fall sei, sollte man die Angelegenheit prüfen.

Senator Dr. Zehling erklärt, daß Erwägungen im Gange seien.

Lang fragt, ob die Herstellung der Kommissions- und Bürgerchaftsberichte nicht auf familiäre hiesige Druckereien verteilt werden könnten.

Vom Senatstische wird Prüfung zugelegt und zugleich auf den erschwerenden Umstand hingewiesen, daß eine einheitliche Aufmachung notwendig sei.

Gerichte.

Dr. Schlomer beklagt, daß der Senat im vorigen Jahre im Falle Landherr nicht von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht hat und die Todesstrafe vollzogen ließ, wo ihm Gelegenheit gegeben war, den strengen Buchstaben des Gesetzes abzuschwächen. Wie die Gerichtsverhandlungen beweisen, wäre gerade bei diesem Menschen, bei dem doch seine ganze Erziehung mitsprach, die Gnade des Senats am Platze gewesen. Man ist hier von dem Gesichtspunkt ausgegangen, durch Abschreckung ein Exempel zu statuieren. Daß durch die Abschreckungslehre das erwartete Ziel nicht erreicht wird, wurde gerade im vorigen Jahre auch hier durch die begangenen Verbrechen und die Gründe bemessen. Die Abschreckungstheorie ist durchaus unrichtig. Menschen, die solch greulicher Taten fähig sind, handeln im Affekt, und lassen sich durch keine Strafe abschrecken. Die Scheußlichkeit der Hinrichtung wird nur durch die Schnelle des Weibehens verdeckt, so daß die ganze Grausamkeit der Handlung einem erst nachher zum Bewußtsein kommt. Aber das Gefühl hat jeder Bewohnende, daß hier eine Strafe vollzogen wird, die unabänderlich ist. Sie äußert sich als Rache der Gesellschaft am Delinquenten, während die Strafe den Zweck der Besserung haben soll. Abschreckend wirkt diese barbarische Strafe gegen abenteuerlich veranlagte junge Leute nicht, die Verbrecher werden durch das Geheimnisvolle des Vorgangs und den Schilderungen mit einem gewissen Nimbus umgeben. Dadurch wird der Reiz zum Verbrechen gemehrt. Auch die auffallend angelegenen Extrablätter von der Urteilsvollstreckung haben nicht günstig auf die Kindergehirne gewirkt. Ich möchte bitten, daß der Senat in Zukunft von dieser grausamen Strafe absteht und seinen Vertreter im Bundesrat veranlaßt, auch dort gegen die Todesstrafe zu wirken.

Senator Dr. Fehling weist jede Kritik des Senats in dieser Hinsicht zurück.

Dr. Meyer-Lürßen: Die Todesstrafe ist auf Grund des Geschworenen-Urteils verhängt. Durch dieses wurde bezeugt, daß die Tat nicht im Affekt, sondern mit voller Ueberlegung begangen war.

Dr. Schlomer: Die Geschworenen Gerichte sind in ihrer jetzigen Zusammenfassung keine Volksgerichte, weil die Mehrheit des Volkes in ihnen nicht vertreten ist.

Dr. Meyer-Lürßen betont, der Bürgerchaftsaal sei nicht der Ort für die Behandlung dieser Frage.

Köster beklagt die Ablehnung des 10. Amtsrücktritts und hofft bald einen neuen Antrag in dieser Sache. Auch mit der Streichung der Sekretärstelle ist Redner unzufrieden.

Senator Dr. Fehling: Abgelehnt sind die Stellen nicht, sie sind nur nicht im Budget eingekalkuliert. Im Laufe des Jahres wird eventuell ein Antrag kommen.

Dr. v. Brocken und Dr. Jhde halten die Anstellung eines zweiten Amtsrücktritts für unnötig.

Stellung: Ueber das Gewerbegericht sind mir viel-jährig Klagen zugegangen. Der Vorsitzende und die Gerichts-Ärztliche behielten ein eigenartiges Verfahren. Bei Einreichung der Klage wird vielfach erst an den Arbeitgeber telephoniert und sich nach dem Stand der Dinge erkundigt. So wird von vornherein nicht immer objektiv verfahren. Wir erwarten für die Folge ein anderes Verfahren. So sehr wir die Tätigkeit des Gewerbegerichts als Vermittlungsamt anerkennen, müssen wir die vielen Verhandlungen ohne Beisitzer beanstanden. Auf Seiten der Prozessbeteiligten herrscht das Empfinden, daß sie zum Gewerbegericht von Anfang an nicht das Vertrauen haben können, das sie haben sollten. Und das nicht zuletzt darum, weil ohne Beisitzer verhandelt wird. Auch ist es nicht richtig, daß die Vertreter der Arbeiter von vornherein ausgeschlossen bleiben. Diese könnten ein viel besseres Bild von der Klage geben, als es manche Kläger vermögen. Eine Abweihung von diesem Standpunkt wäre dringend nötig. In begründeten Fällen sollte man die Organisationsvertreter nicht abweisen.

Köster: Die Anfrage beim Arbeitgeber liegt im Interesse beider Parteien. Beschwert fühlen könnte man sich nur, wenn die Ausnahme der Klagen abgelehnt würde. Sollen die Vertreter zugelassen werden, dann muß man auch die Rechtsanwältin zulassen. Richtig ist, daß das Gewerbegericht häufig ohne Beisitzer tagt. Einspruch kann dagegen erhoben werden.

Senator Dr. Fehling hätte gewünscht, daß zuerst der Vertreter der Justizbehörde dazu das Wort erhalten hätte. Der Vorredner hätte nicht so plötzlich eingreifen sollen.

Hoff: Der Vorsitzende des Gewerbegerichts hat ja einen Antrag gestellt, der ihm weitere Rechte einräumen sollte. Er wurde im Bürgerchaftsaal abgelehnt. Trotzdem macht er jetzt mehr Gebrauch davon, ohne Beisitzer zu verhandeln. Auch die öffentliche Rechtsanwaltschaft hat dies gerügt. In letzter Zeit ist es etwas besser geworden. Der Arbeiter weiß meistens nicht recht, wie er sich verhalten soll. Wenn die Arbeiter abgewiesen werden, kommen sie nachher

zu mir und beschwerten sich, sie hätten die Abweihung für unmöglich, weil keine Beisitzer da waren. Sie wußten eben nicht, daß sie ein Recht dazu haben, Beisitzer zu verlangen. Es wäre wünschenswert, daß der Vorsitzende nicht von vornherein allein mit den Parteien verhandelt.

Köster weist den Vorwurf des Senats zurück. Er habe nur vom Recht als Bürgerchaftsmitglied Gebrauch gemacht.

Badeanstalten.

Bruno: Bei der Ausschreibung des Personals sind die Gehalte um 5 Mark monatlich niedriger angesetzt, obwohl der alte Betrag im Budget eingestellt worden ist. Man soll das Gehalt beim alten bestehen lassen.

Gewerbeämter.

Hoff fragt, ob Erhebungen über die Art und den Umfang der Haus- und Heimarbeit angestellt werden, um eventuell Nachauskünfte für die Heimarbeiter errichten zu können. Die Errichtung einer Arbeiterkammer hat der Senat abgelehnt, die Begründung ließ er heute schnell an die Bürgerchaftsmitglieder verteilen. Ich kann mich der Auffassung nicht verschließen, daß der Senat die Frage nicht objektiv geprüft, sondern nach Grundfragen gelocht hat, um die Forderung abzulehnen. Man hat es nicht für notwendig erachtet, die Arbeitervertreter zu hören. Daß die Gewerbe-kammer sich ablehnend verhalten würde, war vorauszusehen. Es wird zwar gesagt, die Gewerbe- und Handelskammer seien auch Vertreter der Arbeiter. Ich habe bisher nichts davon gemerkt, sie sind bisher nur Vertreter der Innungen gewesen und diese lassen sich nicht die Vertretung von Arbeiterinteressen angelegen sein. Aus dem Bericht ersieht man, daß alle drei Kammern zusammenberufen wurden, um ihr Votum gegen die Arbeiterkammer abzugeben. Die Bemerkung der Gewerbe-kammer vom 17. Februar, daß sie gegen jede Vertretung der Arbeiter sei, ist eine ausgesuchte Unverschämtheit. Eine Kammer, die mit 20000 Mark unterstügt wird, gibt sich dazu her, den Arbeitern, die einen ebenso wichtigen Kultur-faktor bilden wie die Gewerbetreibenden, jedes Recht abzuschneiden. Beim Leiden dieser Begründung überkommt einem das Gefühl der Bitterkeit. Stets werden die Arbeiter mit ihren Forderungen von der Bürgerchaft abgewiesen. Es wird weiter gesagt für eine Arbeiterkammer liege kein Bedürfnis vor, denn die Rechtsanwaltschaft gelte ebenfalls als Vertretung der Arbeiter. Das ist ein Schlag ins Gesicht, denn durch das einwandfreie Zeugnis von Dr. Wittner, der bei der Gründung zugegen war, ist nachgewiesen, daß sie gegründet worden ist, um die Arbeiter nach allen Richtungen zu bekämpfen. Das Stadt- und Landamt behauptet, eine Arbeiterkammer sei nicht geeignet, den wirtschaftlichen Frieden zu fördern, eine beweislose Behauptung, die jeder Begründung entbehrt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die großen Arbeiterorganisationen sich bestreben, das wirtschaftliche Leben zu fördern und nicht benruhigen. Im vorigen Jahre haben gerade die Führer der Bauarbeiter durch ihre Taktik den wirtschaftlichen Frieden gesichert. Aber man sucht eben nach Gründen, um die berechtigten Arbeiterforderungen zurückzuweisen. Weiter wird im Gutachten auf den Kaisererlaß Bezug genommen und behauptet, die Errichtung der Gewerbegerichte bedeuteten schon eine Erfüllung des Versprechens von Wilhelm II. Gewiß sinden sich überall Gelehrte, die alles zu beweisen suchen, wie es hier der Fall ist. Daß die Regierung gegen-teiligte Ansicht ist, ergibt sich daraus, daß sie 1908 und 1910 dem Reichstag einen Entwurf für Arbeiterkammern vorlegte. Doch gibt es überall gewisse Kreise, die derartige Gesetze zu verhindern wissen. Nach al dem kann ich dem Senat den Vorwurf nicht ersparen, daß er die Frage nicht eingehend und objektiv genug geprüft hat, sondern daß es ihm lediglich darum zu tun war, Material zur Ablehnung der Vorlage zu bekommen. Ein solches Verfahren muß ich rügen. (Beifall bei den Soj.)

Senator Dr. Fehling weist die Vorwürfe als gänzlich unberechtigt zurück.

Dr. Kenner hofft, daß bei der nächsten Gelegenheit dem Gewerbeamt mehr Entgegenkommen gezeigt wird. Im Lübecker Gewerbeamt sei eine große Notlage vorhanden.

Senator Eschenburg: Im Wohlwollen für die Gewerbetreibenden fehlt es nicht. Wenn Abstriche gemacht wurden, dann nur, weil keine Mittel vorhanden sind.

Armenwesen.

Dr. Schlomer hält die Pflegefälle der Kostkinder für zu niedrig. Man könne unmöglich für 7.50-18 Mk. die Kinder unterhalten, für die das Jugendamt Pflegestellen suche. Ferner erkundigt sich der Redner, wie es mit dem Kostgeld im Krankenhaus und der Irrenanstalt bestellt sei, für das die Armenbehörde aufkomme. Krankenkassenangehörige und solche, für die die Armenbehörde die Kosten zuerst aufbringe, erhielten 25 Prozent Ermäßigung. Fordert die Armen-behörde nachträglich den vollen Satz von 2,75 Mk. oder den ermäßigten von 2,10 Mk.? Im ersteren Falle würden die Leute einen Schaden erleiden.

Verschiedene Zahlungen.

Dr. Schlomer erhebt gegen die Position, 10000 für die Rentnerpropaganda auszuwerfen, Widerspruch. Ich habe die Bürgerchaftskommission das anstößige „Rentnerpropaganda“ gestrichen, aber der Zweck bleibt gleiche. Es liege kein Grund vor, diese Klasse besonders bevorzugen, von der man wenig Vorteil habe. Das veranlasse sie die Aufwendung großer Ausgaben Theater, Musik usw. und wehre sich gegen jede Steuer. Widerstand der Erwerbssteuer sei auch auf ihr Konto buchen. Redner wendet sich nicht nur gegen die Überwe-der Summe an den Fremdenverein, sondern ersucht sie überhaupt abzulehnen.

Dr. Kenner: Im letzten Jahre haben über 80 Personen in Lübeck übernachtet, die gewiß viel Geld hergebracht haben. Aus der Wilton Markt, die sie meistens hier verbracht haben, ist gewiß der vierte Teil Gewinn zu verzeichnen. Besser als die Verwaltungsbref wäre ein größerer Bezug nach Lübeck. Wir müßten hauptsächlich an die Deutschen im Auslande wenden, die wohnt sind, mit ihrem Kapital etwas zu riskieren. machen es nicht wie die Lübecker, die es in sicheren St-theten anlegen.

Müller ersucht um Herstellung der Fußwege im Tankenrade und von Dissa nach Kurau, die sich in tra-gem Zustand befinden.

Nachträgliche Bewilligungen.

Ins Budget wird zu den 250000 Mark noch der Betrag von 97800 Mk. eingestellt, die zur event. Erweiterung der Feuerwache gebraucht werden.

Stellung: Wenn wir Ihnen sagen, daß Sie man-mal wenig Interesse für die minderbemittelten bekun-(Widerspruch), dann bestreiten Sie das. Heute ist Ihre Gelegenheit gegeben, durch die Tat zu beweisen, daß Sie für das minderbemittelte Volk etwas übrig haben. Ich hoffe, daß die sechs Einheitsfälle bei denen nicht zur Anwendung kommen, die unter 2000 Mark Einkommen haben. Diese Arbeiter mit mehreren Kindern haben so schon ich-genug zu kämpfen. Sie sollten aber schon aus dem Grunde eine Ausnahme machen, weil Sie die Bürger unter 2000 Mark Einkommen durch das Wahlrecht mildernden Rechts gemach-haben. Wir sind der Meinung, daß dort, wo nicht dieselben Rechte bestehen, auch nicht die gleichen Pflichten gel-follen. Ich will mich bei der vorgerückten Stunde und dem wenigen Interesse, die Sie den Verhan-lungen entgegenbringen, nicht weiter darüber verbreiten. Sollten Sie diesen Antrag aber ablehnen, dann möchte bitten, dem Eventualantrag zuzustimmen und die 6 Ein-heiten erst von 1200 Mk. an zu erheben. Der Senat w-sagen, daß die Leistungen nicht mehr so groß seien, Krankengeld und Versicherungsbeiträge abzugsfähig sind, ist jedoch nicht zu vergessen, daß diese Beiträge nicht so viel ausmachen, um eine Steuer-stufe niedriger gestellt zu werden. Unsere Steuerstufen steigen von 100 zu 100 Mk. und so viel machen diese Bei-träge nicht aus. Das abzugsfähige Versicherungswei-kommt aus sekundären Gründen bei den Arbeitern wenig in Betracht. Erniedrigen Sie also bei den Einkommen um 1200 Mk. den Satz von 6 auf 5 Einheiten und beweisen Sie dadurch das Interesse für die minderbemittelten Schicht-des Volkes. (Beifall b. d. Soj.)

Senator Eschenburg betont, daß das neue Einkommensteuergesetz für die unteren Klassen genügend Erleichterungen geschaffen habe.

Stellung: Wir haben bei der Beratung dieses Ge-fetzes genug Anträge gestellt, die Erleichterungen bring-sollten, sie sind aber alle abgelehnt worden. Die Fehler, die gemacht wurden, können jetzt wieder gutgemacht werden. 6 Einheitsfälle kommen einem Steuerzuschlag von 20 Pro-zent gleich, der früher erst von 1200 Mark Einkommen an e-hoben wurde. Der Unterschied wird durch die Erleichter-ungen nicht wettgemacht. Wir haben damals beantragt, Einkommen bis 1000 Mark steuerfrei zu lassen, doch ist der Antrag abgelehnt worden. Hamburg hat die steuerfreie Grenze auf 1000 Mark festgesetzt. Machen Sie den Fehl-jeht wieder gut und genehmigen den Eventualantrag.

Wie hält die in Betracht kommenden Beträge für gering, daß sie ruhig bezahlt werden können.

Die Anträge Stellungen werden abge-lehnt, der Senatsantrag angenommen.

Der Fehlbetrag beläuft sich nach den abgeänderten Po-sitionen jetzt auf 493 076,60 Mk., der auf die Ausgleichs-kasse übernommen wird.

Der gesamte Voranschlag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Schluß 10 Uhr 50 Min.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: F. H. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Bestehen Sie darauf!

Lassen Sie Ihr **MAGGI-Fläschchen** nur aus dieser Originalflasche nachfüllen!



Käse-Lager Schumackerstr. 12, Groß-Posten
Rahmkäse und Schweizerkäse
Preis **60** Pf.

Goldene und silb. Uhren
L. S. Barck, Pfandgeschäft, Lübeck.

Konfirmations-Karten

in reicher Auswahl u. allen Preislagen

Lübecker Gesangbücher.

Friedr. Meyer & Co.

Betten-Duve liefert bestens und billigst 48 Gr. Burgstr. 32.

Albert Matern, Uhrmacher
Lübeck, Beckergrube 26
empfiehlt sein großes Lager von Uhren und Goldwaren unter meh-jähriger schriftlicher Garantie.

Gold. Damenuhren, (2128) 10 Steine, von 18 Mk.
Silberne Damenuhren von 9 Mk.
Silberne Herrenuhren von 9 Mk.
Massiv goldene Trauringe Paar von 12 Mk. an.
Reparaturwerkstatt
Mache auf die Auslage in meinem Fenster aufmerksam.
Bei Vorgeigung der Annonce gewähre 10% in bar.